

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder und Frauen-Beilage

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 25. Juli 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zindel), Wilhelmshöhe, Postwegloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Aufsatz der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Ehe und Sittlichkeit. IV. (Fortf.) — Ein Bild aus der Agitation für das aktive und passive Wahlrecht in Finnland. Von Hilja Parssinen. Deutsch von Adele Burjam. — Agitatorium und Staatsanwalt. Von Brutus. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Die Polizei im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizteil: Dienstabotensfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Quittung. — Feuilleton: Dienstabotenschlaf. Von Moritz Hartmann. (Gedicht). — Der Besuch. Von A. R. — Eigentumsrecht. Von Aug. Strindberg. — Spruch. Von Friedrich Vodenstedt.

Ehe und Sittlichkeit.

IV. (Fortsetzung.)

In den vorausgegangenen Ausführungen haben wir in knappen Umrissen skizziert, wie es mit der Ehe in dem Zeitalter bestellt war, in welchem die jung aufstrebende kapitalistische Produktionsweise sich gegen den Feudalismus durchzusetzen begann. Wir legten die wichtigsten treibenden Kräfte bloß, welche in den verschiedenen Klassen der Gesellschaft auf eine Reform der Ehe hindrängten. Der Protestantismus führte dieselbe durch.

Damit ist bereits gesagt, daß die Reform der Ehe zunächst auf die germanischen Länder beschränkt blieb. Die romanischen Länder verschlossen ihr die Tore, obgleich damals allen voran in Italien die Verhältnisse unseitig am reifsten für eine Eheform waren. Den Ausschlag für diesen widerspruchsvollen Gang der Entwicklung gab die innige Verquickung der Eheform mit der kirchlichen Reform. Wie wenig religiösen, kirchlichen Ursprungs und Wesens auch die Kräfte waren, welche an der Zersekung und Umwandlung der Ehe arbeiteten: der vorherrschenden theologischen Denkform der Menschen entsprechend wurde die Frage der Eheform, wie alle sozialen Forderungen der Zeit, zu einem religiösen Problem gestempelt. Je geringer die Einsicht in die ökonomische Grundlage des geschichtlichen Entwicklungsprozesses, welcher die Ehe langsam umgestaltete, um so mehr erschien das kirchliche Dogma als die schöpferische historische Macht, die vernichten und beleben konnte. Das von der Kirche „lauter und rein gelehrt Wort Gottes“ sollte auch für die Ehe entscheidend sein. Der Kampf für die Reform der Ehe wurde zu einem integrierenden Bestandteil des Kampfes für die Reform der Kirche. Er gliederte sich diesem um so fester ein, als er naturgemäß Hand in Hand ging mit dem Kampfe gegen das Zölibat der Geistlichen, gegen Mönchs- und Nonnentum, und damit nicht bloß die dogmatische und religiös-moralische Autorität der Kirche antastete, vielmehr sehr reale Stützen ihrer Herrschaft.

Der Kampf gegen die Kirche, gegen das Papsttum war aber dank vielverschlungenener geschichtlicher Zusammenhänge in seinen Konsequenzen gleichbedeutend mit einem Kampfe gegen die wirtschaftliche, die kulturelle Hegemonie Italiens. Zusammen mit der Herrschaft des Papsttums über die Christenheit erhielt auch die Ausbeutung der Christenheit durch Italien einen tödlichen Stoß. Das reich emporblühende ökonomische Leben des Landes ließ daher die päpstliche Gesinnung immer fester Wurzel schlagen, immer tüpiger ins Kraut schießen. Es lehrte sich schließlich gegen sein eigenes Geschöpf: gegen die revolutionäre, weltliche Anschauungsweise, die sich im Gegensatz zu der feudalen und kirchlichen Gedankenwelt am frühesten und am kräftigsten in Italien entwickelt hatte. Nicht die Rückständigkeit, die höhere ökonomische Entwicklung wurde zum Damm, an dem sich die Wellen der Reformation vor Italien und den Ländern brachen, die am innigsten mit seiner Kultur verbunden waren. Das von ihnen getragene Schifflein der Eheform kam nicht vorwärts. Die Ehe blieb ein Sakrament und unlösbar gerade dort, wo das historische Vergehen und Werden ihrer Reform zuerst am weitesten vorgearbeitet hatte.

Allein die geschichtliche Entwicklung läßt ihrer nicht spotten, läßt auf die Dauer ihrem Walten nicht wehren. Die katholische Kirche konnte äußerlich über die Forderung der Eheform triumphieren, in Wirklichkeit unterlag sie ihr. Was sie rettete, das war nur die äußerliche Weiterherrschaft der alten dogmatischen Sägung von der Ehe. Sie vermochte aber nicht, dieser Sägung lebendigen geschichtlichen Odem einzuhauchen und sie zu einer Macht zu erheben, die im Ringen gegen die gesellschaftlichen Kräfte bestehen konnte, welche die Ehe umbildeten. Trotz des feierlich proklamierten sakramentalen und unlösbaren Charakters der Ehe konnte das Dogma nicht heiligen, was das gewandelte Bewußtsein als unsittlich empfand, konnte es nicht halten, was ökonomische und geistig-sittliche Entwicklungstendenzen im Bunde brachen. Die Macht des Lebens schritt siegreich über den Zwang des Buchstabens hinweg. Sie sprengte Bande, die nicht gelöst wurden, sie fügte Ehen zusammen, denen die kirchliche, die gesellschaftliche Sanktion mangelte. Die katholische Kirche hatte aus ihrem Herrschaftsbereich die Eheform, die Lösbarkeit der Ehe verbannt, sie öffnete jedoch damit dem Ehebruch, dem Konkubinat Tür und Tor. Die historische Notwendigkeit der Eheform setzte sich in der Form illegitimer Vereinigungen von Mann und Weib durch. Zumal bei den Romanen, wo die Liebesleidenschaft das Blut stürmischer durch die Adern treibt als bei den kühleren Germanen, sind Ehebruch und Konkubinat quasi zu „offiziösen“ sozialen Institutionen geworden. Die Gesellschaft ignoriert sie und duldet sie, solange sie möglichst unauffällig, in bürger-

lich unanständigen Formen auftreten. Die Literatur hat getreulich diese sozialen Entwicklungsergebnisse verzeichnet, sie gelangen besonders scharf umrissen in Roman und Drama der Franzosen zum Ausdruck. Die katholische Kirche mußte sich mit ihnen abfinden.

Ihrer Macht, für die Ehe eine ewig gültige Norm zu schmieden, hat die Geschichte jedoch ein weiteres Armutszeugnis ausgestellt.

Der äußerliche Sieg des Katholizismus über die Eheform im Reformationszeitalter war später durch eine lang andauernde, fast völlige Stagnation des wirtschaftlichen Lebens in den wichtigsten Ländern seiner Herrschaft gesichert worden. Aus Gründen, die mit dem Scheitern der Reformation nichts zu tun haben, entfaltete sich zumal in Italien und Spanien die kapitalistische Produktionsweise ungemein langsam und schwach. Die Entwicklungstendenzen, welche die Eheform trugen, verloren in der Folge an Stoßkraft und verlangsamten ihr Tempo. Sie begnügten sich damit, dem Sakrament der unlösbaren Ehe den Ehebruch und die wilde Ehe zur Seite zu stellen.

Mit verstärkter Wucht machten sie sich jedoch aufs neue in dem Maße geltend, als die moderne Großindustrie ihren Einzug hielt und die kapitalistische, die bürgerliche Entwicklung der Gesellschaft wieder in kräftigeren Fluß brachte. Naturgemäß errangen sie ihre ersten und größten Erfolge in dem katholischen Lande, in welchem der Kapitalismus die Verhältnisse am tiefsten umgepflügt hatte: in Frankreich. Der kapitalistische Staat war hier robust genug geworden, die Eheform ohne den Segen der Kirche, ja im zähen Kampfe gegen sie zu verwirklichen. Er zog das Fazit der fortschreitenden Revolutionierung der Zustände und Köpfe, indem er Zivilehe, Ehetrennung und Ehescheidung einführte. Die Entwicklung überstieg dabei die Stufe, auf welcher die Ehe im protestantischen Deutschland so lange verharret ist. Der Staat schaltete die Legitimierung der Ehe durch die Kirche aus. Die Zivilehe kam als konsequenter Ausdruck der bürgerlichen Anschauungsweise, daß die Ehe ein weltlicher Vertrag sei. Die Kirche selbst aber half ihr die Wege bereiten. Die Hartnäckigkeit, mit welcher sie auf ihrem dogmatischen Schein bestand, ließ den rein bürgerlichen Eheschluß zu einer unerläßlichen Voraussetzung werden für die weltliche Ehetrennung und vor allem die Ehescheidung. In allen katholischen Ländern, in denen sich die gesetzliche Eheform noch nicht oder nur unvollständig durchgesetzt hat, geht der Kampf um Zivilehe, Ehetrennung und Ehescheidung. Die Kirche unterliegt in ihm nach und nach der stärkeren Macht der kapitalistischen Produktion und der von ihr erzeugten modernen Denkweise.

Wir haben bereits auf die Gründe hingewiesen, welche in den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft die Sache der Eheform mit der kirchlichen Reformation verknüpften. Die Reformation fand eine Formel, welche gleichzeitig dem Bedürfnis der revolutionären oberen Klassen nach größerer Freiheit des Liebeslebens, nach Lockerung und Lösbarkeit der Ehe gerecht wurde, wie dem Bedürfnis der revolutionären unteren Klassen nach geschlechtlicher Sittenstrenge und Festigung der Ehe. Sie formulierte das Recht auf Ehescheidung, welches die Anerkennung des Rechtes auf freie Gattenwahl in sich schloß und die Umwandlung der Ehe aus einem Sakrament in ein „weltliches Geschäft“ — um mit Luther zu reden — zur Voraussetzung hatte. Indem sie Fesseln löste, die je länger je mehr als unerträglich empfunden wurden, eröffnete sie die Aussicht auf eine Veredelung der Ehe, des Geschlechtslebens dank der Freiheit der Entscheidung bei Eheschluß und Ehescheidung.

Die geheilte Eheform entsprach durchaus tragenden Grundprinzipien der Reformation. Diese proklamierte gegenüber dem kirchlichen Dogma die Willensfreiheit der Persönlichkeit, ihr Recht zur Prüfung aller Institutionen und Autoritäten und zur Auflehnung wider allen Zwang; sie erklärte den Menschen der Verantwortlichkeit für Taten ledig, die nicht die Frucht seiner freien Entschliessung waren. Sie führte die freie Prüfung und Entscheidung als sittliche Pflicht bis in die Domäne des religiösen Lebens ein. Das Verhältnis zu Gott verwandelte sie im letzten Grunde in einen freien Vertrag, den der einzelne jederzeit auf Grund seiner Forschung und Überzeugung revidieren kann, ja revidieren muß. Sie handelte folglich nur konsequent mit sich selber, als sie der Ehe den Charakter eines Vertrags gab, welchen der freie Wille von Mann und Weib schließen und lösen kann.

In der Theorie bedeutete das einen gewaltigen Fortschritt. Die Liebe war bis dahin als objektive Pflicht der Ehegatten gewertet worden, nicht als subjektive Voraussetzung für die Ehe selbst. Die Liebe konnte mit der Ehe kommen oder auch nicht. Die Reformation brachte die theoretische Anerkennung der Liebe als der natürlich-sittlichen

Genossinnen!

Aber die Notwendigkeit, in diesem Jahre wiederum eine Frauenkonferenz abzuhalten, herrscht unter den tätigen Genossinnen keine Meinungsverschiedenheit. Jede der bis jetzt stattgefundenen Konferenzen hat fördernd und belebend auf die Frauenbewegung eingewirkt; ganz besonders seit der letzten Konferenz in Bremen 1904 sind bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Mit dem Erfolg sind aber auch die Aufgaben für die Agitation mannigfaltiger geworden. Zu Fragen, die uns wiederholt auf Konferenzen beschäftigt haben, gesellen sich neue, die unabweisbar zur Verhandlung kommen müssen.

Als Beauftragte der Genossinnen Deutschlands beruft die Unterzeichnete eine Frauenkonferenz nach Mannheim ein, wo der nächste Parteitag stattfinden wird. Die Konferenz soll Sonnabend, den 22. September, morgens 9 Uhr in den Zentralthallen, C. 2, 16, zusammentreten und nötigenfalls noch Sonntagnachmittag tagen.

Als provisorische Tagesordnung schlage ich vor:

1. Bericht der Zentralvertrauensperson. a. Agitation, b. Presse.
2. Frauenstimmrecht. Berichterstatterin Genossin Zetkin.
3. Agitation unter den Landarbeiterinnen. Berichterstatterin Genossin Ziez.
4. Die Dienstabotenenbewegung. Berichterstatterin Genossin Grünberg.
5. Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen. Berichterstatterin Genossin Duncker.

Damit die Konferenz gut vorbereitet werden kann, müssen sich die tätigen Genossinnen so bald wie möglich beraten, und etwaige Anträge sind bis spätestens zum 30. Juli an die Unterzeichnete einzusenden.

In Orten, in denen ein Zusammenarbeiten mit den Genossen stattgefunden hat, ist es wohl selbstverständlich, daß die Genossinnen sich mit diesen baldigst über die Wahl einer Delegierten verständigen. Dort, wo die Verhältnisse nicht so günstig liegen, haben die Genossinnen laut § 11 Absatz 1 der Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Recht, in öffentlicher Frauensammlung nicht nur eigene Delegierte für die Frauenkonferenz zu wählen, sondern auch für den Parteitag. Wünschenswert ist, daß die Delegierten zur Frauenkonferenz auch zugleich ein Mandat für den Parteitag erhalten. Den vorliegenden Erfahrungen gemäß sollten wie bisher so auch zu dieser Konferenz die Delegierten aus den Reihen der tätigen Genossinnen gewählt werden. Dort, wo die Bewegung noch ganz jungen Datums ist und aus diesem Grunde eine Delegation nicht stattfindet, bleibt es den Genossinnen selbstverständlich unbenommen, ihre Wünsche und Anregungen, ganz besonders die Agitation betreffend, der Konferenz zu unterbreiten und sie zu diesem Zwecke der Unterzeichneten mitzuteilen.

Um die Kosten der Delegation decken zu können, sollten die Genossinnen alsbald mit den Sammlungen beginnen. Erfolgreiche Wahlen von Delegierten sind der Unterzeichneten zu melden.

Die Frauenkonferenz zu Mannheim muß nicht nur ein Beweis für die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung werden, sondern auch der Ausgangspunkt weiterer großer Erfolge.

Mit Parteigruß

Ottilie Waader,

Berlin S 53, Blücherstraße 49, Hof II.

Grundlage der Ehe. Sie hob das Recht der Liebe auf den Schild, und zwar als gleiches Recht für Mann und Weib. Das von ihr proklamierte Recht war Menschenrecht, nicht bloß Männerrecht.

Der Geist der Zeit begehrte die Rechtfertigung alles sozialen Geschehens durch eine theologische Ideologie. Die Reformation berief sich daher für ihren „Umsturz“ der Ehe auf die Bibel. Sie deutete als Gottes Stimme, was das unwiderstehliche Gebot der aufkommenden kapitalistischen Produktion und bürgerlichen Gesellschaft war. Unsere Ausführungen in letzter Nummer haben helles Licht darauf geworfen. Indem die kapitalistische Produktion alle Dinge in Waren verwandelte, löste sie alle überkommenen festen Verhältnisse zwischen den Menschen auf, schlug sie die altehrwürdigen Gebote der Tradition, der Sitte und Sittlichkeit, der Religion zu Boden. So schuf sie die „freien und gleichen“ Kontrahenten für den „freien“ Vertrag, dessen sie für ihre Entfaltung und Herrschaft bedurfte, und der zu ihren charakteristischen Wesenszügen gehört. Als Willensvollstreckerin der kapitalistischen Entwicklungstendenzen hat die Reformation das Prinzip des „freien Vertrags“ für die Ehe durchgesetzt.

Eine Tatsache läßt sinnenfällig den inneren Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Ehe, zwischen Kapitalismus und Eheform hervortreten. Die nämliche Periode der kapitalistischen Großindustrie, welcher wir in Deutschland die „nationale Einheit“ unter preussischer Fiedelhaube verdanken, zeugte als legitime Drillingsgeschwister Gewerbeordnung, Freizügigkeit und Zivilehe. Die gescheiterte Orthodoxie vergaß, wessen Geschöpf und Werkzeug die protestantische Kirche war, sie verschönte die großen ideologischen Prinzipien ihrer Vergangenheit, als sie den „Satanstulpe“ der Zivilehe bekämpfte. Die „liberale“ deutsche Bourgeoisie handelte übrigens bald darauf gleich einsichtslos und charakterlos. Von der Furcht vor dem „roten Gespenst“ nach rückwärts gepusht, ging sie bei der Schaffung des neuen bürgerlichen Gesetzbuchs in puncto des Ehe- und Familienrechts auch den reifsten Konsequenzen der kapitalistischen Entwicklung aus dem Wege. Und Schlimmeres noch! Sie fand sich mit den Reaktionen jeder religiösen und politischen Couleur zur Erschwerung der Ehescheidung zusammen — ein schimpflicher Bankrott ohnegleichen.

Die Eheform, welche die bürgerliche Gesellschaft in allen Ländern mehr oder minder konsequent durchgeführt hat oder noch durchführen muß, findet geschichtlich bedingt ihre Schranken in dem Wesen der kapitalistischen Ordnung selbst, deren Ergebnis sie ist. Sie steht unter der Herrschaft der in ihr geltenden Eigentumsordnung und der in dieser wurzelnden Klassengegensätze. So bedeutsam die grundsätzliche Anerkennung des Rechts der Persönlichkeit, des Rechts der Liebe in der Ehe ist, so unvollkommen fest sie sich in der Praxis durch. Im allgemeinen sichert sie günstigstenfalls den einzelnen die Freiheit der Liebeswahl nur innerhalb der Klasse, welcher sie angehören. Die bürgerliche Ehe bleibt außerdem bei den Bestehenden ihrem Wesen nach, was sie früher gewesen: Kauf- und Konvenienzehe. Die Reform hat einen verhüllenden Mantel über die sittlichen Mängel geworfen, welche aus dem Widerspruch zwischen dem eigentumsrechtlichen Charakter der Ehe und ihren natürlich-moralischen Voraussetzungen resultieren, sie hat aber diese Mängel nicht zu tilgen vermocht. Das Recht der Liebe gewinnt noch am meisten in der Ehe der Besitzlosen und wenig Besitzenden Klassen Leben und Gestalt, weil bei ihnen die Macht des Eigentums schwindet. Jedoch inmitten der vielgestaltigen Einflüsse der kapitalistischen Eigentumsordnung tritt es nicht einmal hier immer wesenstreu in Erscheinung. Wie die Prinzipien der bürgerlichen Freiheit und Gleichheit, so triumphieren auch die Prinzipien der bürgerlichen Eheform nur vollkommen im luftleeren Raume der philosophischen Abstraktion; wie jene, so haben sie die juristischen Formeln und nicht die wichtigsten sozialen Verhältnisse revolutioniert, an welche ihre Durchführung geknüpft ist. Die Reform der Ehe hat in der Folge nicht den glänzenden Traum von einer durchgreifenden Verstillung des Geschlechtslebens zu verwirklichen vermocht, den ihre idealsten Vorkämpfer geträumt. Die Befreiung der Liebe von Zwang und Schmutz, die nicht das Werk der bürgerlichen Reform sein kann, muß die Tat der sozialen Revolution sein. Das wird der letzte Abschnitt dieser Abhandlung nachweisen.

Ein Bild aus der Agitation für das aktive und passive Frauenwahlrecht in Finnland.

Durch die Wahlrechtsreform, die kürzlich fast einstimmig vom finnischen Landtag angenommen worden ist, erhält in Finnland auch die Frau das aktive und passive Wahlrecht. Zu diesem glänzenden Resultat hat hauptsächlich die mehr als zehnjährige energische Arbeit der finnischen Frau beigetragen. So veranstalteten zum Beispiel die sozialdemokratischen Frauenvereine am 17. Dezember 1905 im ganzen Lande Frauenversammlungen, bei denen mehr als 25 000 Teilnehmerinnen folgender Denkschrift zustimmten, die dem Landtag eingereicht worden ist:

„Als im Altertum Ansiedler in unser Land vordrangen, um eine zähe, schwere Arbeit zur Bestellung des Bodens in Eiden und Wäldern aufzunehmen, stand die Frau dem Manne im Kampfe gegen die strenge Natur zur Seite, und wenn der Frost die Ernte vernichtete, der Witz das Vieh bedrängte, so teilte die finnische Frau die Härte des Schicksals mit ihren Angehörigen. Wenn es im Schneesturm oder im heißen Sommer für das tägliche Brot zu arbeiten galt, sparte das „schwächere Geschlecht“ nie seine Kräfte. Die Frau nahm teil an allen Alltagsorgen; im Unglück tröstete sie den Mann, ihn zum Lebenskampfe begeisternd.

Oft kam auch der Krieg. Unbarmherzig vernichtete und zerstörte er die mühsam errungenen Erfolge der Friedenszeit, und dabei erlitt die Frau so manchen Verlust, so manchen Schmerz. Von den Dichtungen aus diesen Zeiten wird einer Perle gleich „die Tochter des Heuerlings“ fortleben, und die Heldin war nicht die einzige ihrer Art.

Nach und nach fing unser Land an, den Spuren der großen Kulturländer zu folgen. Lehranstalten wurden eröffnet, und die Kunst hielt ihren Einzug im hohen Norden. Verhielt die Frau sich diesem neuen Leben gegenüber gleichgültig? Keineswegs. Sie hat sich in ihm gebildet, sie hat die Kulturentwicklung mit tragen helfen, sofern nicht äußerliche Hindernisse ihren heißen Drang hemmten, an der Quelle des Wissens zu trinken. Am bedeutungsvollsten sind ihre Leistungen auf dem Gebiet des Schulwesens, und auch in der Kunst, Literatur und Journalistik ist ihre Arbeit einflußreich geworden.

Bei der Entwicklung zum Kulturstaat entstanden in Finnland neben Ackerbau und Viehzucht Industrie und Handel, durch die, wie überhaupt durch die Fortschritte in der Beschaffung der Existenzmittel, das geistige Leben des Landes gesichert wurde. Wenn wir über diese Dinge sprechen, dürfen wir nicht vergessen, daß das Los der Frau war, die längste und härteste Arbeit zu leisten. Tausende, Zehntausende von Frauen, die in den Fabriken arbeiten, haben unermüdet „das Welttrud“ mit weitergedreht.

Ein jeder von uns muß bedenken, wie viele verschiedene Aufgaben die Frau im Laufe der Zeit außerhalb des Familienlebens erfüllt. Wenn wir noch dazu an die Schmerzen der Mutter denken, an ihre schlaflosen Nächte, an ihre liebevolle Sorge um die Kinder, an das Erziehungswerk, durch das sie die jungen Seelen bereichert: so erwacht in uns die Anerkennung der Frau und ihrer Leistungen sowohl im Heim wie im sozialen Leben. Unzählige Beispiele könnten wir aus Vergangenheit und Gegenwart anziehen, um zu zeigen, welch ein wichtiger Faktor die Frau für die Menschheit ist. Aber es bleibe bei den angeführten, die wohl keiner als unzutreffend bezeichnen kann.

Indem wir uns die Pflichten der Frau vergegenwärtigen, fragen wir uns unwillkürlich: Welche Rechte hat sie im Laufe der Zeit erworben? Und da stoßen wir auf einen schreienden Widerspruch. Unser soziales Leben zeigt ein trauriges Bild der Frauenrechte. Das politische Wahlrecht fehlt der finnischen Frau vollständig. Ist das nicht ein Stand der Dinge, welcher besser in das Mittelalter, als in das 20. Jahrhundert paßt?

Unsere Abgeordneten werden nicht nach ihrem persönlichen Wert als Menschen gewählt, sondern nach ihrem Geschlecht. Dank der Herkunft, dank gut bezahlter Ämter, dank Grund- und Geldbesitz wählen die Männer die Abgeordneten, die Frauen dürfen unter keiner Bedingung wählen, noch weniger sind sie selbst in den Landtag zugelassen. Das ist eine persönliche Kränkung für alle Frauen, es ist der Ausdruck der Verachtung der Frau, es ist eine Zurücksetzung des ganzen weiblichen Geschlechtes. Außerdem ist es eine Ungerechtigkeit, die tadelnswerte, weitwirkende Folgen zeitigt. Wir könnten hier eine lange Reihe aufzählen von Zug und Trug, Schlechtigkeiten, Gemeinheiten und Grausamkeiten, welche tiefe Wurzeln in dem Leben des finnischen Volkes geschlagen haben, sippig wuchernden giftigen Gewächsen gleich, ihre Zweige weit ausbreitend und die Lust um uns verpestend. Wir erkennen dies alles mit Schmerz darüber, daß wir jeglicher Möglichkeit beraubt sind, kräftig zur Besserung der Verhältnisse eingreifen zu können, denn uns fehlt jeder soziale Einfluß — wir haben weder das aktive noch das passive Wahlrecht.

Ganz besonders freudlos ist das Leben der Frau der unteren Volksschichten. Die Gespenster der Arbeitslosigkeit, des harten Schicksals der Witwe, der Pfllosigkeit des Alters, des Hungers der Kinder, des Mannes, der zum Trunkenbold wird, des Untergangs der Töchter durch die Prostitution in den großen Städten stehen immer drohend vor ihrem inneren Auge. Sie fühlt sich wie eine schwache, treibende Planke auf dem weiten Meere des Glücks, und nur durch die größten Anstrengungen kann sie sich retten.

So sieht in kurzen Zügen die Lage der Frau in Finnland aus, dessen Töchter wir alle sind; so sieht sie aus bei dem Volke, zu dessen Besten wir unsere Pflichten erfüllen, im Lande, dessen Schicksal uns, ebenso nahe geht wie den Männern.

Ist es denn da ein Wunder, daß wir uns zu Zehntausenden erheben, um nach unseren Rechten zu fragen, um die Gleichstellung mit den Männern zu fordern? Durch unser ganzes Vaterland, in den Städten wie im abgelegenen Dorfe erschallt heute ein mächtiger Ruf, welcher dem innersten Wunsche der volljährigen Frau Ausdruck verleiht: Her mit dem Frauenwahlrecht! Das ist unsere Losung, die wir erst fallen lassen, wenn unsere Forderung erfüllt worden ist. Das Wahlrecht ist für uns ein Mittel, den Strom des Alkoholismus aufzuhalten, den ökonomischen Wohlstand und das geistige Niveau des Proletariats zu heben, ihm den Weg zur Freiheit und zum Lichte zu bahnen. Das Wahlrecht gleicht einer Zauberkräft, mittels deren kluger Benutzung wir Wärme und Glück in viele Tausende Familien tragen, die Pflege und die Erziehung der Kleinen, die Moral und Ehre unseres Volkes sichern.

Im Besitze der politischen Rechte fühlen wir uns als Mitbürgerinnen, deren Gemüt nicht durch Erbitterung vergiftet, nicht durch das Gefühl, unterdrückt zu sein, belastet wird. Zu immer nützlicheren Kräften für das Heim und unser Land wollen wir uns dann entwickeln, denn wir glauben fest, daß die Ausübung unserer neuen Rechte unseren Gesichtskreis bedeutend erweitern wird, ohne daß wir dabei Einbuße an der Tiefe des Gemüts leiden, die unser Beruf als Erzieherin verlangt.

Wir — Frauen der unteren Schichten des finnischen Volkes, die wir diesen Tag der Forderung des aktiven und passiven Wahlrechts geweiht haben — wir erklären gleichzeitig, daß wir mit der größten Spannung die Wahlrechtsreform in der Hoffnung verfolgen, daß das Einkammersystem die alte Klassenvertretung ersetzt, die nur aufreizend wirkt, keine Gesehe geben kann, welche das ganze Volk zufrieden stellen, und die auch nicht einen feindlichen Druck von außenher so abzuwehren vermag, wie ein Parlament, hinter dem alle Schichten des Volkes stehen.

Unsere Zeit ist eine Übergangszeit. Noch vor kurzem standen wir in heiligem Kampfe für die Idee der nationalen Freiheit, wir vernichteten die gemeine Macht der Spione, wir untergruben den Boden der Bureaukratenherrschaft. In welchem Maße wir Frauen an diesem Kampfe teilgenommen haben, welchen Erfolg die von uns gegen das verhasste Regime geführten Schläge hatten — das wollen wir selbst nicht beurteilen. Eins wagen wir aber zu behaupten: guter Wille hat uns nie gefehlt und wird uns auch in der Zukunft nie fehlen. Mit aller Kraft werden wir für unser Vaterland arbeiten, dessen Glück erst dann voll sein wird, wenn nicht nur die Freiheit nach außen gesichert ist, sondern die arbeitenden Klassen sich vom Druck ihrer Herren frei gemacht haben. Mit diesem Ziele vor unseren Augen stehen wir ernst in dieser unruhigen Zeit und warten, wie die machthabenden Klassen sich zu unseren berechtigten Forderungen stellen werden. Die Agitation, die jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat, und die starke Erregung der Gemüter werden sich legen, das Gefühl der nationalen Einheit und inneren Sicherheit wird wachsen, sobald die Frage des Frauenstimmrechts in einer der ersten Lage entsprechenden würdigen Weise gelöst worden ist.

Das Einkammersystem ist ein Abbild des einen Vaterlandes, und das allgemeine Stimmrecht ist eine Bürgerschaft für die Gleichheit aller. Gebt uns beides, ihr hinterlaßt damit ein Erbe für das Finnland der Zukunft, von dem wir alle träumen.

Das sind die Gedanken, die sich in dieser Stunde in uns regen. Zu Zehntausenden versammelt, erklären wir Frauen des Volkes einstimmig: Wir anerkennen nur das Einkammersystem und eine demokratisch zusammengesetzte Volksvertretung.

Wir fordern für jede 21jährige Frau, ob verheiratet oder ledig, das aktive und passive Wahlrecht.

Wir finden, daß es eine moralische und vaterländische Pflicht der machthabenden Klassen ist, uns die geforderten Rechte zu gewähren, und wir versichern, daß die Verweigerung derselben eine neue Veranlassung für uns zum weiteren Kampfe sein wird.“

Silja Parssinen. Deutsch von Adele Burjam.

Agitatorin und Staatsanwalt.

Am 30. Juni stand unsere Genossin Zieh vor dem Landgericht in Hamburg, um sich gegen die Anklage zu verteidigen, in drei Versammlungen zu strafbaren Handlungen aufgefordert und verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander aufgereizt zu haben. Die Angeklagte hatte im Januar dieses Jahres über das Thema gesprochen: „Der deutschen Arbeiterin Weihnachtsgeschenk“ und dabei speziell die Plottenvorlage, die neuen Steuern und die Hamburger Wahlrechtsreform kritisiert. Selbstverständlich hatte sie die „Schönheiten“ dieser Weihnachtsgeschenke gebührend hervorgehoben und den Frauen die „Vorteile“ auseinandergesetzt, welche die Vorlagen für ihren Geldbeutel haben. Der Staatsanwalt war sichtlich enttäuscht darüber, daß die Rednerin nur die „Schattenseiten“ der neuen Erzeugnisse des Klassenstaates erwähnt, dagegen die „Lichtseiten“ verschwiegen habe. Die staatsanwältliche Ansicht zeugt von einer rührenden Naivität, denn es ist ein merkwürdiges Verlangen, daß eine Sozialdemokratin ihren Klassengenossinnen vorreden soll, die Vorteile, die anderen Leuten aus den erwähnten Weihnachtsgeschenken erwachsen, seien auch ihr Nutzen. Übrigens ist der Staatsanwalt selbst in den von ihm getadelten Fehler verfallen. In seiner Anklagerede hat er nämlich nur die „Schattenseiten“ der Angeklagten herausgestrichen und von den „Lichtseiten“ kein Wort gesagt. Und daß unsere Freundin kein pechschwarzes Schaf ohne jeden weißen Fleck ist, wird auch der Staatsanwalt wohl nicht behaupten wollen. Warum will er aber der Angeklagten etwas zum Vorwurf machen, was er selbst gewerbs- und gewohnheitsmäßig, ohne sich etwas Arges dabei zu denken, tagtäglich übt? Denkt er denn nicht an das Sprichwort, daß man nicht mit Steinen werfen soll, wenn man selbst im Glashaufe sitzt, oder an das Bibelwort von dem Balken und dem Splitter?

Die Gerichtsverhandlung bot manche interessante Momente. Zunächst müssen wir sagen, daß die Hauptperson bei der Sache, die Angeklagte, sich ganz vorzüglich gehalten hat. Es war fürwahr keine leichte Aufgabe, einen ganzen Tag hindurch auf der Wacht zu stehen und dem Kreuzfeuer von Fragen und Angriffen Stand zu halten. Aber Genossin Zieh war dieser Aufgabe gewachsen, und es war eine Freude zu beobachten, welche Stärke eine auf Wissen und sozialem Empfinden begründete Überzeugung verleiht. Ruhig und klar machte die Angeklagte ihre Aussagen, und es fehlte ihr auch nicht an Mut, ihre Meinung energisch zu vertreten. „Wenn ich in dem Sinne gesprochen hätte, wie es die Anklage annimmt“, erklärte sie einfach, „so würde ich auch den Mut besitzen, diese Meinung hier vor Gericht zu vertreten.“

Dieser Behauptung gegenüber läßt sich allerdings nichts einwenden, zumal da es Genossin Zieh meisterhaft verstand,

die Anklage Punkt für Punkt zu widerlegen. Die Herren Polizisten, welche die Versammlungen überwacht hatten, wurden vollständig in die Enge getrieben. Sie hatten alle Kraftausdrücke aus den Reden — wie die Rosinen aus einem Kuchen — herausgesucht und fein säuberlich zu Protokoll gebracht. Daher kam es dann, daß es in den Reden von „Aufregungen“ wimmelte. Wenn Genossin Zieh auf den Idealismus, die Begeisterung und die Opferfreudigkeit der russischen Proletarierinnen hingewiesen, wenn sie von dem Heldennut erzählt hatte, mit dem sie auf die Barrikade gestiegen, sich den Kugeln der Schergen und Henkersknechte entgegen geworfen haben: so hatte es vor den Augen der Polizeileute von Revolvern und Barrikaden und blanken Säbeln geklimmelt, und die schönste „Aufregung“ war fertig. Daß die Rednerin zugleich gesagt hatte: „Wir in Deutschland kämpfen auf gefahrlischem Wege, mit der Waffe der Organisation!“, daß sie den Unterschied zwischen deutschen und russischen Verhältnissen und die Verschiedenheit der Kampfweise hervorgehoben hatte — davon stand nichts in den Protokollen, das hatten die Herren „überhört.“ Tragikomisch wirkte es, wenn sie einer nach dem andern einräumen mußten, daß ihre Protokolle Lücken enthielten, und daß nur „die wichtigsten Punkte“ (aha!) darin ausgenommen seien. Dafür meinten sie aber auch, der ganze Eindruck der Reden sei aufreizend gewesen; Frau Zieh sei eine sehr temperamentvolle Rednerin, die ihre Zuhörerinnen hingureißen versuche. Das ist unserer Meinung nach gar kein Fehler und bedeutend besser, als wenn eine Rede einschläfernd wirkt. Eine Zeugin gab dieser Auffassung Ausdruck, indem sie meinte, die Angeklagte wisse, wie es einer Arbeiterfrau zumute sei und sie rede auch zu Herzen, weil ihre Worte aus dem Herzen kämen.

Und dann die Anklagerede des Staatsanwalts! Bekanntlich hat ein Staatsanwalt in Deutschland das ausgedehnteste Beleidigungsrecht; er darf die Angeklagten angreifen und feilsch auf die Folter spannen, ohne daß es seinen Opfern erlaubt ist, sich entsprechend zu verteidigen. Von diesem Rechte machte der Herr Staatsanwalt Dr. Schön den ausgiebigsten Gebrauch. Der Herr ist bekannt als ein objektiver, milde urteilender Ankläger, aber wenn es sich um die politischen und sozialen Gegenstände handelt, so geht die Objektivität in die Brüche. Also so redete er, daß es nicht mehr schön war: „Die Angeklagte stiftet nur Unheil an und verwirrt die Köpfe; sie maßt sich ein Urteil an über Sachen, von denen sie absolut nichts versteht; sie hat durch ihre Behauptungen viele Leute ins Unglück gestürzt und zu Ausschreitungen verführt; sie ist eine gewissenlose, gefährliche und unehrliche Person, die sich nicht scheut, die schlechtesten Mittel anzuwenden.“

Es sind dies harte Ausdrücke, die unstrittig schwere Beleidigungen enthalten, und man darf wohl fragen, woher der Staatsanwalt das Recht für sich in Anspruch nimmt, eine Frau derartig anzugreifen, die wie Genossin Zieh mit tiefem sittlichen Ernste für ihre ehrliche Überzeugung kämpft. Leider haben wir uns in Deutschland beinahe schon daran gewöhnt, daß bei politischen Prozessen die Anklagebehörden als Scharfmacher fungieren und daß die Angeklagten im Gerichtssaal gewissermaßen vogelfrei sind. Mag ein Sozialdemokrat noch so ideal veranlagt sein, und mag er seiner Überzeugung noch so große Opfer gebracht haben — in den Augen des Staatsanwalts ist er ein Mensch, der von den Arbeitergroßen lebt; mag er noch so sehr von der Wahrheit und Gerechtigkeit seiner Sache überzeugt sein — für den Staatsanwalt ist er lediglich ein bezahlter Agitator, der um des schnöden Mammons willen das Volk betrügt; mag er noch so sehr gegen die Revolution im Heugabelsinn auftreten und den Kampf mit geistigen Waffen predigen — der Staatsanwalt nennt ihn einen Aufbezer, Umstürzler, Volksverführer. Und nebenbei fallen dann noch Seitenhiebe auf die Umsturzpartei, die Ehe und Familie zerstören will, die vor Meinen nicht zurückschreckt, die zu jeder Schandtat fähig und bereit ist.

Der Verteidiger, Dr. Herz-Altona, charakterisierte die Angriffsweise des Staatsanwalts als durchaus ungehörig; der Staatsanwalt habe sich nicht geschaut, eine geistig so hochstehende Frau, wie die Angeklagte sei, herabzusehen und zu verunglimpfen; die Angeklagte habe sich durch Fleiß und Eifer auf ein hohes geistiges Niveau emporgearbeitet; sie kenne als Arbeiterin die Lage des arbeitenden Volkes, und mit Feuereifer kämpfe sie für eine Hebung des Volkes und besonders der Frauen. Wie komme der Staatsanwalt dazu, die Angeklagte als eine Volksverführerin hinzustellen und ihr die Schuld an den Hamburger Straßentravallen in die Schuhe zu schieben? Es sei doch durch das Zeugnis der Polizei erwiesen, daß von den wegen der Teilnahme an den Travallen Angeklagten nicht ein einziger die Versammlungen besucht habe, in denen Frau Zieh redete. In seiner Antwort wußte der Staatsanwalt nichts hierauf zu erwidern.

Und dann nahm unsere Genossin das Schlusswort. In schlichter, aber um so eindrucksvollerer Weise wies sie die Angriffe des Staatsanwalts zurück. „Mag meine politische Ansicht auch falsch sein, so habe ich sie mir doch durch ehrliches Bemühen erworben,“ so sprach sie. „Mag meine Überzeugung dem Staatsanwalt nicht passen, so ist sie doch eben so achtbar wie die seinige. Ich bestreite dem Staatsanwalt das Recht, mich in meiner Ehre zu kränken und meine Ehrlichkeit anzuzweifeln. Die Behauptungen des Staatsanwalts sind unwahr und seine Angriffsweise ist unfein. Die Zukunft wird lehren, wer Recht hat, der Herr Staatsanwalt oder ich.“ Damit schloß die Angeklagte, deren Worte unter tiefer Stille im Saale verhallten.

Das Resultat ist bekannt. Das Urteil lautete wegen Aufreizung auf drei Monate Gefängnis. Es ist eine ehrenvolle

Wunde, die unsere Genossin aus dem Kampfe davonträgt. Sie ging als Siegerin aus dem Gerichtssaal mit dem Bewußtsein, für die Sache des Proletariats, für die proletarische Frauenbewegung gekämpft zu haben. Und wenn die Vertreter des Klassenstaats glauben, mit ihrem Vorgehen gegen „die gefährliche Agitatorin“ etwas erreicht zu haben, so irren sie — eine gerechte Sache läßt sich durch drakonische Urteile nicht aus der Welt schaffen, und die Idee des Sozialismus kann man mit Polizeinüppeln nicht totschlagen. Brutus.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In Landsberg a. W., Schwerin, Birnbaum, Posen, Hohensalza, Schneidemühl, Bromberg, Thorn, Jastrow, Schönlanke und Görtlich behandelte Genossin Lungwiz-Berlin in öffentlichen Frauenversammlungen die Themata: „Unsere Waffen im Klassenkampf“, „Die Frauen und die wirtschaftlichen Verhältnisse.“ Besuch und Verlauf der Veranstaltungen übertrafen alle Erwartungen und berechtigten zu den besten Hoffnungen für die Entwicklung einer kräftigen Frauenbewegung in jener Gegend. Überall erstanden der Sache des Proletariats neue Kämpfer und Kämpferinnen, die sich zum großen Teil dem Leserkreis der „Gleichheit“ angeschlossen. In Rawitsch fand an Stelle einer Versammlung eine Besprechung statt, da der Partei kein Saal zur Verfügung steht. Die Versammlung in Hohensalza verfiel der Auflösung durch die Polizei. Obgleich der zuständigen Behörde die Anmeldung rechtzeitig und vorschriftsmäßig zugegangen war, hatte der Einberufer kurz vor dem angeetzten Beginn der Versammlung noch keine Anmeldebefcheinigung in Händen. In letzter Stunde wurde er deshalb noch auf dem Polizeibureau vorstellig, wo er die Erklärung erhielt, daß die Befcheinigung bereits in seiner Wohnung sein müsse. Da man dieselbe jedoch dort nicht vorfand, eröffnete der Genosse kurzerhand die Versammlung. Genossin Lungwiz referierte schon eine volle Stunde, als plötzlich der Hüter des Besebes erschien und die Anmeldebefcheinigung forderte. Seinem Verlangen konnte nicht entsprochen werden; die Auflösung der Versammlung war die Folge. Um jedem unangenehmen Zwischenfall vorzubeugen, ermahnte die Unterzeichnete die verwunderten Besucher, sich ruhig zu verhalten. Zum Dank dafür wurde sie von dem Beamten aus dem Lokal verwiesen. Später soll sich der Herr den Kopf darüber zerbrochen haben, welchen Weg die Referentin eingeschlagen haben könnte. Der Vorfall wirft helles Licht auf die kleintlichen Mittel, mit denen mancherorts die Behörden die moderne Arbeiterbewegung bekämpfen. Das muß uns anspornen, die Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Massen zu verdoppeln. Betrachte es jeder als seine Pflicht, an dieser Aufgabe nach besten Kräften mitzuarbeiten. Verta Lungwiz.

Die Proletarierinnen dem politischen Kampfe zuzuführen, war der Zweck einer größeren Anzahl von Agitationsversammlungen, welche die Unterzeichnete in folgenden Orten abhielt: Dessau, Goswig, Zerbst, Raguhn, Zeh- nitz, Ronitz, Koshlau, Oranienbaum, Gommern, Burg, Stettin, Stargard, Kößlin, Stolp, Kolberg, Frauendorf, Pommernsdorf, Podelina, Remitz, Grabow, Swinemünde, Falkenburg, Danzig und Elbing. Zur Behandlung standen folgende Themata: „Die Frauen und die Politik“, „Der Wert der verkürzten Arbeitszeit“, „Der Kampf um kulturwürdige Menschengestaltung“, „Moderne Weltanschauung.“ In Anhalt wurden der „Gleichheit“, trotzdem der Versammlungsbesuch hier und dort zu wünschen übrig ließ, 100 Abonnentinnen gewonnen, in Pommern deren sogar 294. Hier war die Beteiligung an den Versammlungen großartig, meist sprach die Unterzeichnete in überfüllten Sälen. Zur Leitung der politischen Agitation unter den Frauen fand sich fast an allen Orten eine Genossin, die die übernommene Pflicht nach bestem Wissen zu erfüllen gelobte. — Die Unterzeichnete referierte des weiteren in den Frauenbildungsvereinen zu Briß, Wilhelmsruh, Rißdorf und Weihensee. Ein Vortrag, den sie in Friedrichshagen hielt, führte zur Gründung eines Bildungsvereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, zu dem sofort 25 Frauen ihren Beitritt erklärten. M. Jeeze.

Wahltagitation. Anlässlich der Reichstagsnachwahl in den Wahlkreisen Hagen-Schwelm und Altona-Fzerlohn sprach die Unterzeichnete in folgenden Orten: Lüdenscheid, einem kleinen Orte bei Lüdenscheid, Plettenberg, Fzerlohn, Hagen, Schwelm, Haspe, Sevelsberg, Milspe, Vogelsang, Langerfeld, Wetter und einigen kleinen Orten. Überall ward nicht nur die Wichtigkeit und Bedeutung der bevorstehenden Wahl erörtert, sondern stets daneben betont, daß es gelte, weitere Siege vorzubereiten durch den Ausbau der Organisation, sowie die Verbreitung unserer Presse. Neben der erreichten Revolutionierung der Köpfe ward denn auch ein guter greifbarer Erfolg nach dieser Richtung hin erzielt. In Sevelsberg und Schwelm erfolgte außerdem die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson. Seitdem hat die Stichwahl in Fzerlohn und den Sieg in einem Wahlkreise gebracht, der bisher zu den festesten Burgen des Freisinnigen gehörte. Öffentlich wird die Eroberung von Hagen folgen. Überall haben die Frauen sich fleißig an der Agitationsarbeit beteiligt. In Milspe und Haspe hatten wir ein Rencontre mit der Polizei, worüber wir an anderer Stelle berichten, ebenso wie über die Versammlung in Velbert. Eine prächtig besuchte Versammlung tagte in Elberfeld, in der unsere Genossinnen, besonders die Genossinnen Seyfert, Voigt und Becker eine lebhaftige Agitation entfalteten und zirkel 70 Aufnahmen für den Frauenverein erzielten. Luise Zieh.

Im ersten Hamburger Wahlkreis tagten kürzlich fünf öffentliche Frauenversammlungen, die sich eines guten, zum Teil sogar eines glänzenden Besuches erfreuten. Da wir zurzeit noch eines großen Lokales ermangeln, waren die Versammlungen distriktweise in kleineren Lokalen einberufen worden. Es waren die ersten, die nach der Reorganisation der Hamburger Partei stattfanden. Die Genossinnen hatten Lausfittel zu den Versammlungen verbreitet, und der Erfolg war ein äußerst befriedigender. In einer Versammlung wurden zum Beispiel 60 Neuaufnahmen für die Partei erzielt und zirkel ebensoviel Abonnenten für die Gleichheit gewonnen. Auch für die anderen Versammlungen war ein gutes Ergebnis zu verzeichnen, so daß insgesamt der Partei weit über 100 neue Mitglieder zugeführt wurden. Die Versammlungen, die vor allem die Frauen aufrufen sollten zum Protest gegen die gegenwärtige Zollpolitik, gestalteten sich gleichzeitig zu Protestversammlungen gegen die Grausamkeiten und Bestialitäten, die in Rußland vor allem gegen Frauen und Kinder verübt werden. Zwei Versammlungen, die in Wandsbek und Lönning stattfanden, erfreuten sich eines guten Besuches und brachten uns eine Anzahl neuer Mitkämpfer. In Lönning ward eine Vertrauensperson gewählt und die ersten zwanzig Gleichheitsabonnenten gewonnen. Damit hat die politische Frauenbewegung auch hoch oben im Norden an der Wasserante Fuß gefaßt. Luise Zieh.

Eine gut besuchte öffentliche Frauenversammlung tagte Ende Juni in Wittenberge. Genossin Baader-Berlin referierte über: „Die Frau im Kampfe gegen Not und Knechtung.“ Sie kennzeichnete die kapitalistische Gesellschaft, der nur ein Klassenbewußtes Proletariat die Macht entwinden könne. Die Referentin ermahnte deshalb die anwesenden Proletarierinnen, dem Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse beizutreten, der ihr Bildungsbedürfnis zu befriedigen bestrebt sei und sie zu Streiterinnen im Befreiungskampfe ihrer Klasse erzeuge. Als eine der ersten Aufgaben jeder Arbeiterfrau bezeichnete sie es, für Verbannung aller bürgerlichen Zeitungen aus der Familie des Arbeiters Sorge zu tragen. Es sei beschämend, daß selbst Mitglieder des Frauenbildungsvereins, statt sich durch die Arbeiterpresse weiterzubilden und frischen Mut zum Kampfe aus ihr zu schöpfen, sich mit den bürgerlichen Klatschblättern begnügten. Die Worte Genossin Baaders waren nicht in den Wind gesprochen. 10 Frauen traten der Organisation bei, und die gleiche Zahl meldete sich zum Abonnement der „Gleichheit“. Marie Hernowski.

Vonden Organisationen. Der Frauen- und Mädchenbildungsverein Trier hielt Mitte Juni eine öffentliche Versammlung ab. Das Referat des Genossen Hofrichter-Köln über „Die Frauenfrage“ fand reichen Beifall. In der Diskussion sprachen mehrere Genossinnen im Sinne des Referenten. Genosse Müller-Saarbrücken forderte zur intensiven Agitation unter den Arbeiterinnen auf, damit die junge Frauenbewegung bald festen Boden gewinne und durch ihr Emporbühen die gesamte Arbeiterbewegung Triers fördere. Die Vorsitzende, Genossin Wiertelosch, schloß die Versammlung mit einem Appell an die Anwesenden, für die Frauenorganisation noch mehr wie bisher zu wirken. Margarete Gutgesell.

Die Polizei im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Anlässlich der Wahltagitation im Kreise Hagen schien es, als ob die Polizei in einzelnen Orten es sich zur Aufgabe gemacht hätte, den Wählern ad oculos zu demonstrieren, wie recht wir haben mit unserer Kritik der preussisch-deutschen Reaktion, mit unserer Kritik der jämmerlich feigen Haltung des „freisinnigen“ Bürgertums. Zwei Wahlversammlungen versielen der Auflösung. Die eine in Haspe, — weil Frauen anwesend waren, die andere in Milspe, weil — es 11 Uhr geworden und Polizeistunde eingetreten war. Die einige Tage später einberufenen Protestversammlungen, die beide überfüllt waren, gaben uns Gelegenheit, den ganzen Jammer unserer reaktionären Vereins- und Versammlungsgesetze, sowie die „Allmacht“ der Polizei einer herben Kritik zu unterziehen und den Versammelten zu zeigen, was sie vom Bürgertum, speziell vom Freisinn zu erwarten haben in punkto Erdämpfung von Staatsbürgerrechten. Die bürgerlich liberalen ließen die Vertreter des Proletariats allein den Kampf für die Eroberung von Freiheiten führen, oder sie sind diesen gar dabei in den Rücken gefallen.

Es ist eine Fronte des Schicksals, daß just in der bisherigen Hochburg des Freisinn, im Wahlkreise Hagen, das passieren mußte. Als in Milspe die Versammlung der Auflösung verfiel, weil — es 11 Uhr geworden, da wurde man unwillkürlich an die Tage der Kindheit erinnert, in denen aus Fürsorge für Gesundheit und Wohlergehen der Dorfbewohner der Nachtwächter um 11 Uhr mit der Klatze durch die Straßen zog, knarrte und dazu sang:

„Hört ihr Leute und laßt euch sagen,
Die Glock hat eis geschlagen!
Und wer noch bei den Karten sitzt,
Und wer noch bei der Arbeit schwitzt,
Er höre auf und geh' zur Ruh!
Es wird Zeit, er schließ die Augen zu.“

Es geht doch nichts über die polizeiliche Fürsorge! Nur schade, daß wir, undankbaren Gemütes wie wir sind, diese Fürsorge nicht zu würdigen wissen, sie vielmehr als eine arge Bevormundung oder gar als eine Forteskamotierung unserer ohnehin allzu largen Rechte empfinden.

Bezüglich der Ausweisung der Frauen aus der Versammlung in Haspe führten die Genossinnen mündlich Beschwerde beim Regierungspräsidenten. Zweck dieses Vorgehens war, die zweite Versammlung gegen eine etwa beliebte Auflösung zu sichern. Das ward infolge entsprechender Anweisung des Regierungspräsidenten erreicht. Die überfüllten Protestver-

sammlungen bewiesen, daß sich die Polizei als unfreiwilliger Wahlagitator betätigt hatte. — In Welbert fand eine stark besuchte Protestversammlung gegen die polizeilicherseits erfolgte Schließung des dortigen Frauenvereins statt. Dieser hat eine Vereinstätigkeit entfaltet, die sich genau im Rahmen der Statuten gehalten hat, die von der Polizei genehmigt worden sind. Trotzdem war die fürsorgliche Polizei nicht um Gründe für die Schließung verlegen, die billig wie Brombeeren sind. In öffentlichen Versammlungen, die von der Vertrauensperson einberufen wurden, hatte eine Frau über Politik gesprochen. Personen, die als Sozialdemokraten bekannt sind, hatten im Verein gesprochen, zwar über vollständig unpolitische Fragen, aber darauf kam es offenbar nicht an. In der Protestversammlung übten wir eingehende Kritik an der Welberter Polizeistellung und erörterten die Frage der weiteren Betätigung der proletarischen Frauen. Diese hatten, so wurde ausgeführt, in strikter Beobachtung des reaktionären Vereinsrechts sich in einer durchaus unpolitischen Organisation zusammengeschlossen. Trotzdem versiel diese der Auflösung. Die Frauen handeln dabei am zweckmäßigsten, wenn sie zurzeit von einer festen Vereinigung Abstand nehmen, dafür aber sich jetzt als Einzelpersonen in den Dienst der Partei stellen und bestens in deren Interesse wirken. Sie müssen die „Gleichheit“ als das geistige Band betrachten, das sie alle umschlingt und zusammenhält. Jede Bewegung könne ihre Wünsche und Anregungen bezüglich Agitation und Aufklärung der Vertrauensperson melden, welche dieselben zur Ausführung bringe. Die bisher an den Verein geleisteten Beiträge sollten die Frauen in Zukunft als freiwillige Beiträge an die Parteikasse abführen. Geschieht das in zunehmendem Maße, so können wir uns des Vorgehens der Polizei freuen, welche die Frauen von der unpolitischen Vereinstätigkeit auf das große Gebiet des politischen Kampfes getrieben hat. Die Frauen haben es in der Hand, so zu handeln, daß der Vorstoß der Polizei sich erweist als „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“.

Luise Zieg.

Politische Rundschau.

Die Stichwahl in Altona-Islerlohn hat zu einem für unsere Partei sehr erfreulichen Resultat geführt. Der Genosse Haberland wurde mit 1800 Stimmen Mehrheit gegen den Zentrumskandidaten Klocke gewählt. Der Sieg an sich, der Gewinn eines neuen Mandats, das bisher noch nicht in unserem Besitz war, ist schon eine erfreuliche Tatsache. Noch erfreulicher sind die begleitenden Umstände, die uns den Erfolg verschafften. Daß die Nationalliberalen und die Christlich-Sozialen unter Führung des marxistischen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sich für den klerikalen Bureaucraten als staatsbehaltende Kraft erklären würden, stand von vornherein fest. Nicht so klar war die Haltung der freisinnigen Parteileitung vorgezeichnet. Sie hat sich für das Dummste entschieden, was sie tun konnte. Sie forderte ihre Anhänger zur Wahl des klerikalen Bureaucraten gegen den Sozialdemokraten auf. Das tat die Leitung einer Partei, die fortgesetzt behauptet, für die Abwehr klerikaler Einflüsse auf die Schule, für liberale und demokratische Reformen jeder Art und gegen die reaktionäre Steuerpolitik einzutreten! Die erleuchteten Freisinnführer empfahlen die Wahl eines Mannes, der im Reichstag in nahezu allen den wichtigsten Tagesfragen dem freisinnigen Programm direkt entgegengewirkt hätte. Die freisinnigen Wähler quittierten denn auch für diesen politischen Unfähigkeitsschicksal ihrer Führer dadurch, daß sie in Scharen für den Sozialdemokraten stimmten oder sich doch der Abstimmung enthielten. Die Beweggründe der freisinnigen Führer für ihre selbstmörderische Wahlparole waren eingeleitet von der engherzigsten Wahltaktik ohne die geringste Rücksichtnahme auf die sachlichen Zwecke der Politik. Sie kalkultierten: Wählen wir in Islerlohn den Zentrumsman, so wählen die Zentrumsleute bei der voraussetzlichen Stichwahl in Hagen den Freisinnigen, wie sie auch in Islerlohn demnächst unserem Kandidaten ihre Stimme geben werden, wenn wir wieder einmal in die Stichwahl kommen sollten. Eine solche blöde Schacherpolitik geht von der Voraussetzung aus, daß die parlamentarische Politik betrieben wird von einer Anzahl Interessentengruppen, die unter verschiedenen Flaggen einander bekämpfen, begauern oder auch miteinander mogeln, je nachdem, wie der meiste Vorteil für die einzelne Interessentengruppe damit herauszuschlagen ist. Wöllig außer acht ist dabei gelassen, daß die Wähler zur Erreichung bestimmter sachlicher Zwecke sich einer bestimmten Partei anschließen und deren Kandidaten wählen. Verleugnet eine Partei die sachlichen Ziele, deren Erstrebung ihr die Existenzberechtigung verschafft, so wird sie von den Wählern im Stiche gelassen. Diese Erkenntnis ist so naheliegend, daß blind gegen sie nur eine Partei werden kann, die das Vertrauen zu ihrer eigenen Sache verloren hat und sich nur noch durch allerhand Diplomatenkünste zu halten sucht. Einen stärkeren Beweis für ihren Niedergang als die Wahlparole von Islerlohn hat die freisinnige Volkspartei überhaupt noch nicht geliefert. Für die Sozialdemokratie bringt aber der Wahlausfall, abgesehen von dem Siege, an sich, noch die erfreuliche Tatsache in Erscheinung, daß die freisinnigen Wähler, die entgegen der Stichwahlparole ihrer Führer für unseren Kandidaten eintraten, damit, ohne selbst Sozialdemokrat zu werden, doch unserer Partei das Vertrauen ausdrückten, daß es uns ernst ist mit den Bestrebungen, zu denen wir uns bekennen, daß wir also uns weit über die Reihen der Sozialdemokratie hinaus Anerkennung für unsere antiklerikale, demo-

kratische und antireaktionäre Politik erworben haben. Es ist wichtig, das zu betonen, da es sogar in unseren Reihen Leute und Zeitungen gibt, die seit einiger Zeit, verleitet von dem Geizier der Gegner, von einem Rückgange des Ansehens der Sozialdemokratie zu fesseln wagen.

Was es übrigens mit der demokratischen Maske auf sich hat, mit der die Zentrumsparthei die Volksmassen zu täupieren sucht, dafür hat der jetzt beendete Kampf um die württembergische Wahlreform einmal wieder einen einleuchtenden Beweis erbracht. Es handelt sich da um die endliche Ausmerzung der „Privilegierten“, Ritter und Prälaten aus der Abgeordnetenversammlung und deren Umgestaltung zu einer reinen Volkskammer. Dagegen leistete bis zuletzt die Zentrumsparthei den hartnäckigsten Widerstand, die nämliche Partei, die im Reichstag sich nicht genug tun kann in Versicherungen ihrer unentwegten Anhänglichkeit an das allgemeine, gleiche und direkte Reichstagswahlrecht; die nämliche Partei, die in Bayern mit den Sozialdemokraten zusammen gegen den Liberalismus eine demokratische Wahlreform durchgesetzt hat. Des Rätsels Lösung ist sehr einfach. In Württemberg, dem zu dreiviertel protestantischen Lande, wo der Hochadel fast durchweg katholisch ist, kommt die Begünstigung der Adelsprivilegien naturgemäß in erster Reihe dem klerikalen Einfluß zugute. Da pfeifen natürlich die Gröber und Konsorten auf ihre im Reichstag so laut betätigten demokratischen Grundsätze. Sie fühlen sich als Schutztruppe der Papskirche zunächst und allermeist. Politische Grundsätze sind ihnen nur Mittel, deren Verleugnung durch das Papskircheninteresse jederzeit geheiligt wird. Schließlich ist ihr höhrender Widerstand aber doch mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit unter Beihilfe unserer Parteigenossen überwunden worden. Jetzt ist auch in Württemberg wie in Baden und Bayern die Landesverfassung demokratischer gestaltet worden, zum bittersten Grimm der junkerlichen und bürokratischen Reaktionen in Preußen und Sachsen, die ihre Macht im Deutschen Reiche schwinden fühlen.

Die junkerlich-bürokratische Reaktion in Preußen-Deutschland wirkt währenddes in altgewohnter Weise weiter, blind für alle Zeichen der Zeit. Es stört sie nicht in ihrer böserartigen Beschränktheit, daß in Rußland das geistesverwandte System des Zshin in ekelerregenden Greueln seinen Todeskampf ausstößt. Es stört sie auch nicht in ihrer dübelhaften Beschränktheit, daß in Deutschland selbst ihre innere Vermorschttheit durch Enthüllungen an allen Ecken und Ranten auch kurzlichigen Augen offenbart wird. So ist jetzt wieder einmal eine charakteristische Eigenart der Reaktion in einem Einzelfall zutage getreten, nämlich die verrückte Niedertracht der Werkzeuge, die die reaktionären Machthaber zur Knebelung des Volkes und zur Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen gebrauchen. Da ist in Oberschlesien ein Mann namens Gushner verhaftet worden, weil er sein anderthalbjähriges Stiefkind auf scheußliche Weise umgebracht hat, um sich dessen Geld aneignen zu können. Dieser Gushner war aber ein berühmter Handlanger der preussischen Regierung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. So hatte er unseren Genossen Morawski und die Genossin Golde in Kattowitz wegen angeblichen Verkaufes eines aufrührerischen Niederbuchs denunziert. Nach seinen eigenen Angaben hatte er nach bewährter Kochspizelmethode jene Genossen selbst zum Verkauf des Buches verleitet. Morawski und Golde bestritten obendrein, daß sie ihm das Buch verkauft hatten. Der Gerichtshof schenkte aber dem Schuft, der sein eigenes schuftiges Verfahren eingestand, mehr Glauben als zwei ehrlichen Leuten und verurteilte sie zu den horrenden Strafen von zwei und einem Jahre Gefängnis. Morawskis Gesundheit wurde durch die zweijährigen Gefängnisqualen unheilbar gebrochen. Er ist vor kurzem gestorben. Daß Gushner ein Schurke schlimmster Sorte ist, muß durch sein jüngstes Verbrechen auch einem staatsbehaltenden Intellekt klar geworden sein. Deshalb werden die staatsbehaltenden Kräfte allenfalls den Gushner preisgeben, aber an dem System werden sie nichts ändern. Beileibe nicht! Den Gushner sind wir los, die Gushner sind geblieben.

Im Lichte aller solcher Erscheinungen im Reiche der Gottesfurcht und guten Sitte hat für uns der Ausgang der Dreyfus-Affäre ein besonders lehrreiches Interesse. Die Wahrheit hat sich endlich völlig Bahn gebrochen. Das Unrecht, das an Dreyfus und seinen Verteidigern begangen wurde, ist geföhnt worden, soweit sich ein solches Unrecht föhnen läßt. Die gegen Dreyfus und gegen seinen Verteidiger Picquart ergangenen Urteile wurden aufgehoben. Beide Offiziere wurden in die Armee wieder aufgenommen und in höhere Stellen befördert. Fraglich ist nur noch, ob die jesuitischen Generalföhler wegen ihres Vagengewebes zur Verantwortung gezogen werden. Aber auch so gereicht der Ausgang der Affäre den Franzosen zu hoher Ehre. Daß in Deutschland ein solcher Ausgang zu erwarten wäre, ist leider nicht anzunehmen. Bei uns gilt in den herrschenden Klassen als Hauptstaatsgrundsatz, daß dem „System“ nie Unrecht gegeben werden darf, damit die „Autorität“ nicht an Kraft verliere. Die Leute an der Klinke der preussisch-deutschen Befehlsgebung und Verwaltung verrechnen sich aber glücklicherweise gründlich in der Wirkung ihres Treibens. G. L.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die langwährende Aussperrung der Lithographen und Steindrucker geht voraussichtlich ihrem Ende entgegen. Es ist einem Mitglied der Generalkommission gelungen, Einigungsverhandlungen zwischen den Steindruckereibesitzern und den Arbeitern einzuleiten. Diese haben zu dem Ergebnis geführt, daß drei der Hauptforderungen eine ein-

heitliche Regelung für ganz Deutschland erfahren sollen. Der Arbeitstag wird für Steindrucker auf 9 Stunden, für Lithographen auf 8 Stunden, der Zuschlag für Sonntagsarbeit auf 50 Prozent, für Überzeitarbeit auf 25 Prozent festgesetzt; ferner sollen alle Feiertage bezahlt werden. Die Regelung der Lohnbedingungen und der anderen Forderungen sollen dagegen lokal erfolgen. Die errungenen Zugeständnisse bedeuten immerhin den Anfang zur Einführung eines Tarifs für das ganze Reich. Die Gehilfenvertreter gaben ihre Zustimmung zu dem Vorschlag nicht ohne weiteres. Sie wollen ihm erst näher treten, nachdem die örtlichen Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, die an allen Streitorten vor Aufnahme der Arbeit stattfinden sollen.

Der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen mußte, weil durch diesen Kampf in Mitleidenschaft gezogen, einen Extrabeitrag von wöchentlich 10 Pf. auf die Dauer von 6 Wochen ausschreiben.

Für die Aussperrung der Buchbinder hat sich die Situation wenig verändert. Zshin haben die Berliner Innungsmeister angedroht, daß auch sie ihr gesamtes Personal aussperrten würden, wenn nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit in Kürze aufnehmen. Sollte dieser Androhung die Tat folgen, so würde die Zahl der Ausständigen um 100 bis höchstens 150 vermehrt, was den Kohl des Unternehmertums auch nicht fett machen würde.

Die Textilarbeiter in Forst errangen dank anerkennenswerter Einmütigkeit einen glänzenden Sieg. Eine dortige Firma wollte den Arbeitern ihres Betriebs eine gänzlich unannehmbare Arbeitsordnung aufzwingen. 6500 Arbeiter und Arbeiterinnen traten daraufhin in den Ausstand. Nach kurzer Zeit gab die Firma nach. — Die Zehnstundenbewegung der Textilarbeiter macht muntere Fortschritte. In der Niederlausitz haben die Unternehmer den Zehneinhalbstundentag und vielerorts vom 1. Juli ab den Zehnstundentag bewilligt; auch aus anderen Gegenden ist ein Gleiches zu melden, die Arbeiter und Arbeiterinnen sind in namhafter Zahl wegen Verkürzung der Arbeitszeit vorstellig geworden. Wenn die Reichsregierung sich aus den „Erwägungen“ und „Erhebungen“ über die gefehliche Einführung des zehnstündigen Arbeitstags für die Arbeiterinnen endlich einmal zur gefehlichen Einführung des Zehnstundentags aufraffen sollte, so wird sie einen guten Posttag zu spät kommen, denn nur wenigen Arbeiterinnen noch würde ihre „soziale Tat“ eine Verkürzung der Arbeitszeit bringen. Trotzdem aber: Deutschland allezeit voran!

Die Friseure nehmen in vielen Orten einen lebhaften Kampf auf für bessere Lohnverhältnisse, zeitigen Beschäftigung und Abschaffung des Kosti- und Bogiszwanges. Da die Organisation in ihrer Agitations- und Organisationsarbeit vielen Schwierigkeiten begegnet, so ist diese Bewegung von wechselndem Erfolg begleitet.

Abermals ist ein Gewerkschaftsjubiläum zu verzeichnen: „Der Grundstein“, das Organ des Maurerverbandes, erreichte mit Ende Juni eine Auflage von 200000. Ein Artikel der Jubiläumsummer spiegelt die gewaltige Entwicklung dieses Verbandes wieder und seine Erfolge in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder. Vor fünfzehn Jahren zählte der Verband rund 12000 Mitglieder. 1902 hatte das Verbandsorgan hingegen eine Auflage von 91000, 1903 109600, 1904 142000, 1905 170700 und 1906 über 200000. Der Durchschnittslohn für Maurer im gesamten Deutschen Reiche betrug 1890 noch 33 $\frac{1}{2}$ Pf. pro Stunde, 1900 schon 41 $\frac{1}{2}$ Pf. und 1905 48 Pf. Der Verband hat ein gutes Stück Organisationsarbeit geleistet und darf mit Genugtuung auf das Erzielte zurückblicken.

Die sächsische Gerichtspraxis haben bis jetzt die Redakteure der Parteipresse im reichsten Maße zu kosten bekommen. Man denke allein nur an die geradezu haarsträubenden Urteile der Klassenjustiz, welche in Leipzig gefällt worden sind. Nun hat auch ein Gewerkschaftsredakteur die Schneidigkeit der sächsischen Rechtspredung und ihre berühmte Kunst des Schlussfolgerns erfahren. Genosse Staudinger, der Redakteur des „Steinarbeiter“, hatte in seinem Blatte einen Unternehmer darauf hingewiesen, daß die Organisation Gegenmaßnahmen ergreifen müßte, falls er einen, von ihm wegen sozialistischer Umtriebe entlassenen Arbeiter nicht wieder einstelle. Das Landgericht zu Leipzig erblickte darin eine Streikandrohung, die bezweckte, den entlassenen Arbeiter wieder in seine Stelle zu bringen und ihm auf diese Weise einen „rechtswidrigen Vermögensvorteil“ zu verschaffen. Staudinger muß seine Vergehen mit sechs Wochen Gefängnis büßen. Diese Gerichtsentscheidung eröffnet für die Gewerkschaftspresse nette Perspektiven. Als der Befehlgeber den betreffenden Paragraphen schuf, hat er sich nicht träumen lassen, daß er eines Tages eine solche Auslegung finden würde. Es geht doch nichts über den juristischen Scharfsinn der hellen Sachsen!

Der letzte Gewerkschaftskongress beschloß bekanntlich, zwecks systematischer Durchbildung der Gewerkschaftsangeestellten, Arbeitersekretäre usw. Unterrichtskurse einzurichten. Diese sollen nun im August dieses Jahres eröffnet werden. Damit dürfte manche Lücke ausgefüllt werden, welche die jammervolle Schulbildung des Klassenstaats im Wissen der Arbeiterführer gelassen hat. Die Kurse werden aber auch die theoretische Erkenntnis über das große Gebiet der modernen Arbeiterbewegung vertiefen. Eine Hebung des geistigen Niveaus der gesamten Bewegung muß die Folge davon sein. Bekanntlich wird die sozialdemokratische Partei ebenfalls eine „Kriegsschule“ einrichten, welche ihren Teilnehmern ein erweitertes und vertieftes theoretisches Wissen vermitteln soll. #

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Gründung einer Dienstbotenorganisation in Köln. Das weibliche Dienstpersonal Kölns ist dem Beispiel der Dienstboten von Nürnberg, Fürth und München gefolgt. In einer öffentlichen Versammlung, die am 1. Juli im Volkshaus tagte, hat es sich eine Vereinigung zum Schutze seiner Interessen geschaffen. Die Initiative dazu ging von dem Frauen- und Mädchen-Bildungsverein aus. Er hatte sich, um eine Dienstbotenbewegung in Fluß zu bringen, mit der Nürnberger Dienstbotenorganisation einerseits und dem Kölner Gewerkschaftsverband andererseits in Verbindung gesetzt und die Agitationsarbeiten für die erwähnte Versammlung auf sich genommen. Die Bemühungen der Genossinnen wurden durch den guten Besuch und Erfolg der Versammlung gelohnt. Arbeitersekretär Bartels hielt einen Vortrag über das Dienstbotensend, der sich auf die reichen Erfahrungen stützte, die er in seinem Amte gesammelt hat. Er unterzog besonders die rheinische Gefindeordnung einer scharfen Kritik, die gleich allen deutschen Gefindeordnungen die Mädchen so gut wie vollkommen entrechtet und der Willkür der Herrschaften preisgibt. Rücksichtslos stellte er die skrupellose Ausbeutung der Mädchen durch die Stellenvermittlerinnen an den Pranger und empfahl die Gründung eines Dienstbotenvereins zum Kampf gegen die unzähligen Mißstände, unter denen die Dienstboten leiden. Die Ausführungen, vor allem aber der angeführte Vorschlag, wurden von den Teilnehmerinnen mit dem lebhaftesten Beifall begrüßt. Das Referat zeitigte eine sehr interessante Diskussion. Viele der anwesenden Mädchen schilderten in schlichten, aber um so eindrucksvolleren Worten ihre unglaublichen Leiden. Ein Mädchen erzählte, daß es seit einigen Wochen den Dienst mit der Fabrikarbeit vertauscht habe. Wenn es auch in der Fabrik nicht auf Rosen gebettet sei, so wäre die Arbeitszeit doch kürzer und die Behandlung besser. Von mehreren Seiten wurde darüber Beschwerde geführt, daß viele Herrschaften gerade jetzt ihre Mädchen rücksichtslos auf die Straße setzen, weil sie während ihrer Reisen die Ausgaben für das Dienstpersonal sparen wollen. Wie nobel sich die Herrschaften vielfach ihren Mädchen gegenüber zeigen, illustrierte die Mitteilung einer Rednerin, die ihrem Dienstherrn anlässlich des letzten Automobilwettfahrens, an dem er sich als eleganter Mann beteiligen mußte, einen Geldbetrag ließ, den sie nur mit großer Mühe zurückerhalten kann. Die Darstellungen der Diskussionsrednerinnen, insbesondere die mehrfach vorgebrachte Klage über schikanöse Behandlung während der Kündigungszeit fanden bei den Teilnehmerinnen ein lebhaftes Echo. Die Versammlung beschloß die Gründung einer Organisation. Dreißig Mädchen erklärten schriftlich ihren Beitritt. In den provisorischen Vorstand wurden drei Dienstmädchen gewählt, die in der Diskussion gesprochen hatten. Der Verein bildet eine Filiale der Nürnberger Dienstbotenorganisation. Für ein Eintrittsgeld von 20 Pf. und einen monatlichen Beitrag von 25 Pf. gewährt er seinen Mitgliedern kostenlose Stellenvermittlung und Krankenunterstützung. Da viele Mädchen am Versammlungstage keine Erlaubnis zum Ausgang hatten, so wurde für Sonntag den 8. Juli eine zweite Versammlung einberufen. Der gute Verlauf der ersten und die rührige Vorarbeit der Genossinnen hatten zur Folge, daß die Veranstaltung außerordentlich gut besucht war. Das Referat des Genossen Bartels fand wiederum begeisterte Zustimmung und wurde durch Einzelheiten ergänzt, welche die Mädchen aus eigener Erfahrung berichteten. Den 30 Mitgliedern des Vereins gefellten sich 40 neue hinzu. In der ersten Mitgliederversammlung, welche die Vorstandswahl vornahm, waren circa 80 bis 90 Mädchen erschienen. Die ordentlichen Mitgliederversammlungen finden an jedem dritten Sonntag im Monat statt. Als erfreuliche Tatsache wurde festgestellt, daß die Organisation trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens schon 100 Mitglieder zählt. Hoffentlich schreitet die Entwicklung des jungen Vereins im gleichen Tempo weiter vorwärts.

Frau Zeise. Für die Dienstmädchen, Waschfrauen usw. in Fürth fand am 8. Juli eine Versammlung statt, die sich eines guten Besuchs erfreute. Genosse Segitz referierte über „Rechte und Pflichten der Dienstboten“. Trotdem ausdrücklich bekannt gemacht worden war, daß zu dieser Versammlung die Stellenvermittlerinnen keinen Zutritt erhalten sollten, erschienen doch einige derselben und baten um die Erlaubnis, der Veranstaltung beizuwohnen zu dürfen. Man gewährte ihnen die Bitte, nachdem sie versprochen hatten, sich ruhig zu verhalten. Mit der Aufmerksamkeit, die für die Dienstmädchen charakteristisch ist, welche von der Bewegung erfasst worden sind, verfolgten die Teilnehmerinnen den Vortrag. Mit einem wahren Heißhunger verschlangen sie jedes Wort desselben, gerade als ob sie nachholen wollten, was ihnen so lange an Aufklärung vorenthalten worden war. Da wir erst vor kurzem skizziert haben, was der Genosse Segitz zu dem gleichen Thema in einer Dienstbotenversammlung zu Nürnberg darlegte, so heben wir aus seinem lehrreichen Referat nur folgende Punkte hervor. Genosse Segitz stellte fest, wer überhaupt zum Gefinde gehört. Eine Magd zum Beispiel, die bei einem Gastwirt in Stellung ist, aber neben der Hausarbeit regelmäßig am Tage auch kleine Arbeiten im Lokal verrichtet, wie Bier einschenken oder Gäste bedienen, ist kein Dienstmädchen, sondern eine gewerbliche Arbeiterin. Sie untersteht mithin nicht der Gefindeordnung, sondern der Gewerbeordnung, und ist krankenversicherungspflichtig. Weiter machte der Redner darauf aufmerksam, daß jedem Dienstmädchen in Bayern ein gesetzliches Anrecht auf gute und ausreichende Kost, wie auf eine Schlafstätte zusteht, die ein-

frei fahrendes Fenster besitzt und von innen so verschlossen werden kann, daß es ohne Einwilligung des Dienstboten niemand möglich ist, den Raum zu betreten. Falls eine Herrschaft diesen gesetzlichen Vorschriften nicht genügt, so ist das Dienstmädchen zur Lösung des Dienstverhältnisses berechtigt. Genosse Segitz unterzog sodann die Kündigungsbedingungen einer eingehenden Erörterung und brandmarkte das gewissenlose Treiben vieler Stellenvermittlerinnen. Um demselben zu steuern, empfahl der Referent, bei der Polizeibehörde jede Stellenvermittlerin zur Anzeige zu bringen, welche zu hohe Vermittlungsgebühren erhebt. Wird ihr nachgewiesen, daß sie über die gesetzlich festgelegten Sätze hinausgegangen ist, so kann ihr von der Polizeibehörde die Konzession zur weiteren Ausübung ihres Gewerbes entzogen werden. Festen Zusammenschluß, gegenseitige Aufklärung, unbarmherziges Festnageln aller Mißstände in der Öffentlichkeit empfahl der Referent als Mittel, die jammervolle Lage der Dienstboten zu heben und die Gesetzgebung zu zwingen, sie den gewerblichen Arbeitern gleichzustellen. Dankbar nahmen die Mädchen den anregenden Vortrag entgegen. Die Stellenvermittlerinnen verließen stillschweigend den Saal. Hoffentlich beherzigen die Mädchen die Worte des Genossen Segitz, denn gerade in Fürth schreit ihr Gend zum Himmel.

Selene Grünberg.

Frauenstimmrecht.

Vom Kampfe um das Frauenwahlrecht in England.

Im letzten Bericht wurde die Verurteilung der Genossin Billington gemeldet. Infolge von Anträgen und Diskussionen im Parlament setzte der Minister des Innern die ihr zuerkannte Strafe auf die Hälfte herab, worauf ein Freund des Frauenwahlrechtes die Geldstrafe gegen Wissen und Willen der Verurteilten erlegte. Genossin Billington wurde sodann aufgefordert, das Gefängnis zu verlassen; da sie aber freiwillig nicht gehen wollte, wurde sie mit Gewalt in Freiheit gesetzt. — Am 4. Juli wurde gegen die übrigen drei Genossinnen Kenney, Knight und Sparborough verhandelt. Der Richter verlangte nur, daß sich die Angeklagten verpflichteten, vor dem Hause des Finanzministers nicht mehr zu demonstrieren. Gaben sie die entsprechende Zusicherung, so würde er sie alle freisprechen. Die Angeklagten weigerten sich indes, das geforderte Versprechen abzugeben. Der Prozeß nahm sodann seinen Anfang. Alle Angeklagten hielten sich sehr tapfer und gaben durch ihre Haltung ein Beispiel, wie man seine Rechte in würdevoller Weise verteidigt. Besonders lehrreich ist die Vernehmung der Genossin Sparborough, einer Frau von 64 Jahren. Sie erklärte: „Ich bin Mitglied der „Sozialen und Politischen Union“ (eine Zweigverbindung der Arbeiterpartei). Ich war mit der Demonstration in Cavendish-Square vor dem Hause des Ministers. Als Genossin Kenney von der Polizei verhaftet wurde, sah ich, wie die Damen auf dem Balkon des Hauses von Asquith Beifall klatschten. Darauf rief ich ihnen zu, sie sollten sich schämen, darüber zu jubeln; es bekunde dasselbe Gefühl, das Mr. Asquith veranlaßte, Soldaten gegen die Bergleute nach Featherstone zu schicken. Ich wurde sodann in rauher Weise von der Polizei vom Trottoir getrieben.“ Der Staatsanwalt sagte: „Warum mischen Sie sich denn, Sie als ältere Frau, in diese Angelegenheit?“ Genossin Sparborough: „Weil wir das Wahlrecht wollen. Wir sehen das Gland, das ihr Männer anrichtet, und wir wollen es beseitigen.“ Der Staatsanwalt: „Aber auf diese Weise könnt ihr das nicht tun.“ Genossin Sparborough: „Sie würden anders sprechen, wenn Sie in dem Stadtteil wohnten, von wo ich komme. Was wissen Sie vom Gland der Arbeiterfrauen! Ich glaube, daß wir Frauen den Knäuel auflösen können, den ihr Männer verwirrt habt.“ Der Richter fragte sodann die Angeklagten, ob sie die schriftliche Verpflichtung abgeben wollten, den Finanzminister nicht mehr persönlich zu belästigen. Die Angeklagten erklärten indes, daß sie um nichts in der Welt auf ihre Bewegungsfreiheit verzichten möchten. Der Richter gab darauf sein Urteil in folgenden Worten ab: „Die Verhandlung hat vollständig die Richtigkeit der Anklage bewiesen, daß die genannten Frauen den öffentlichen Frieden gebrochen haben. Als Richter kann ich es nicht gestatten, daß man den Arm des Gesetzes paralytisiert. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Angeklagten mich nicht als parteiischen Gegner ihrer Bewegung betrachten, denn ich bin weit davon entfernt, ihr Gegner zu sein. Laufende englischer Bürger glauben an die Richtigkeit ihres Prinzips und würden sich freuen, wenn es verwirklicht würde, aber die Angeklagten scheinen sich so zu benehmen, als ob es ihnen darum gelegen wäre, die Verwirklichung ihres Programms hinauszuschieben. Ich bin gezwungen, die Angeklagten aufzufordern, eine Kaution von je 100 Pfund Sterling zu stellen als Garantie ihres guten Benehmens, und den Frieden zu wahren in den nächsten zwölf Monaten. Wird die Kaution nicht gestellt, so müssen die Angeklagten auf sechs Wochen ins Gefängnis gehen.“ Die Angeklagten gaben auf dieses Urteil keine Antwort und wurden nach dem Gefängnis abgeführt. — Man fühlt es heute dem Publikum nach, daß es ihm bei diesem Urteil gar nicht wohl ist. Man betrachtet die Genossinnen als Märtyrerinnen.

M. Beer-London.

Sozialistische Fraubewegung im Ausland.

Die erste Jahreskonferenz der englischen Frauenliga hat am 21. und 22. Juni in Leicester (lies: Lister) getagt. Die Organisation ist, wie unsere Leserinnen wissen, vor einigen Monaten gegründet worden, um die Frauen und Töchter von Sozialisten und Trade-Unionisten (lies: Trade-Unionisten = Gewerkschafter) sowie die Arbeiterinnen poli-

tisch zu erziehen und sie zu Mitkämpferinnen und Mithelferinnen der Männer zu machen. Die Konferenz war von über 100 Frauen besucht, teils Delegierte, teils einfache Mitglieder. Den Vorsitz führte Mrs. (lies: Missis = Frau) Mac Donald, deren Mann der Sekretär der Arbeiterpartei und Parlamentsabgeordneter für Leicester ist. Die Mitglieder und Delegierten erstatteten Bericht über ihre Tätigkeit. Sie hielten in ihren Städten zahlreiche Meetings (lies: Meetings = Versammlungen) ab, meistens unter freiem Himmel in den Parks und an den Straßenecken. In den Parks versammelten sie sich gewöhnlich zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags, wenn die Kindermädchen und Mütter ihre Kinder und Schüllinge in die frische Luft bringen. Die Mitglieder wechselten im Vorsitz ab, um jeder Frau Gelegenheit zu geben, sich in der Leitung von Meetings zu üben. Als bestes Propagandamittel betrachteten die Rednerinnen das Frauenwahlrecht und den gesetzlichen Schutz der weiblichen Arbeiter, als Ziel der Betätigung bezeichneten sie, der Arbeiterpartei zu dienen und ihr bei Wahlen zu helfen. Es wurden folgende Resolutionen angenommen: 1. Der Kongreß tritt ein für weitere Gesetze, welche die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen in Werkstätten, Maschinenhallen und in der Heimarbeit zugunsten der weiblichen und jugendlichen Arbeiter regeln. Entschädigung für Unfälle und Berufskrankheiten soll von Staats wegen gezahlt werden; ebenso wichtig ist die Abschaffung von Strafen und Abzügen. 2. Die Regierung wird aufgefordert, die Gesetzgebung über Behauptung, Arbeitslosigkeit und Altersrenten nicht auf die lange Bank zu schieben. 3. Die Zentral- und Lokalregierung (das heißt: Staat und Gemeinde) werden aufgefordert, Musterarbeitsgeber zu sein und ihre Arbeiten direkt ausführen zu lassen, ohne Vergütung derselben an Lieferanten und Mittelstämme. 4. Der Kongreß unterstützt in kräftigster Weise die Initiativanträge betreffend Beköstigung der Schulkinder aus öffentlichen Mitteln. 5. Der Kongreß empfiehlt, daß die Schulkinder ärztlich untersucht werden und daß die ärztlichen Berichte dem Unterrichtsministerium eingeschickt sind, schließlich, daß im Unterrichtsministerium eine Abteilung für Schulmedizin eingerichtet wird. 6. Der Kongreß tritt ein für unentgeltlichen und obligatorischen Unterricht, für die Erhöhung des Schulalters auf 16 Jahre und für die Verweltlichung der Schule. 7. Der Kongreß verlangt von der Regierung, daß sie die Eingeborenen von Natal und den übrigen Kolonien human behandelt und sie nicht — durch den Raub ihres Grund und Bodens — zu Proletariern macht.

Zu diesen Resolutionen sprachen: Miss (Fräulein) MacArthur, Sekretärin der Frauengewerkschaften; Mrs. Moore, Lehrerin; Mrs. Gardner, Frau eines der Führer der Eisenbahner; Miss Bell, Armenrätin von Leicester; Mrs. Snowdon, Frau eines Arbeiterabgeordneten; Miss Ford, Mitglied des Vorstandes der Unabhängigen Arbeiterpartei; Mrs. Mitchell, Frau des Sekretärs des Allgemeinen Verbandes der Gewerkschaften; Mrs. Duncan, Frau eines Arbeiterabgeordneten; Mrs. Pete Curran, Frau des Organizers der Gasarbeiter; Miss Pope, Sekretärin der Gewerkschaft der weiblichen Post- und Telegraphenbeamten. Wir führten diese Namen an, damit die Leser sehen, daß in England die Frauen der Arbeiterführer sich lebhaft an der Arbeiterbewegung und im allgemeinen am öffentlichen Leben beteiligen.

M. Beer-London.

Fortschritte der sozialdemokratischen Frauorganisation in Holland. In Rotterdam ist von Genossinnen ein sozialdemokratischer Frauenklub gegründet worden. Er verfolgt die Aufgabe, die Proletarierinnen mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie bekannt zu machen, und zwar durch Hausagitation, Verbreitung leicht faßlicher Lektüre und Veranstaltung von Zusammenkünften.

Quittung.

Für den Agitationsfonds der Genossinnen gingen im Monat Mai und Juni ein: Aus Berlin, gesammelt am 1. Mai, 2. Kreis 65,15 M., 6. Kreis durch Genossin Bauschle 100, von Genossin E. St. 100, auf Liste 1626 gesammelt 8,60, M. Gladbach durch Genossin Panhuis 6,65, Karlsruhe, stille Genossin D. 10, für die Frauenkonferenz von D. 10, Danzig durch Genossin Güth 25, Vegesack durch Genossin Sternitzki 10, Burg b. Magdeburg durch Genossin Suchy 15, Magdeburg durch Genossin Chmielewski 10, Jzehoe durch Genossin Fieh 20, Frankfurt a. M. durch Genossin Schulze 20, Ottersen durch Genossin Schönfelder 10, Kiel durch Genossin Riendorf 40, Nürnberg durch Genossin Grünberg 100, Oberpflema durch Genossin Müller 6, Neumünster durch Genossin Wulff 6, Thorn durch Genossin Finger 6, Heddingen durch Genossin Guth 12,30, Ellerbel durch Genossin Uhrbach 5, Hamburg durch Genossin Fahrenwald 70, Apolda durch Genossin Leutert 2,50, Augsburg durch Genossin Greisenberg 50, Coburg durch Genossin Böhner 15, Vant durch Genossin Buchardt 10, Grefeld durch Genossin Jferloh 30, Lägerdorf durch Genossin Frenzel 5,80, Schlandh durch Genossin Deineke 2, Weida durch Genossin Rohland 5, Weklar durch Genossin Fauth 5, Reichenau i. Sachf. durch Genossin Zettlich 5, Hagen 20 Prozent der freiwilligen Beiträge durch Genossin Klein 6,83, Götzen, auf Liste 1611 gesammelt 7,98, für Pünspennigbonds durch Genossin Reichenbach 15, Straßburg i. Elb. durch Genossin Felme 15 M. Summa: 829,81 M.

Danlend quittiert:

Ottile Baader, Berlin S 53, Blücherstr. 49, Hof II. Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Dienstbotenschlaf.

Von Moritz Hartmann.

D, weckt sie nicht, ihr kommt vom Trinkgelage,
Sie haben sich gemüht für euch bei Tage;
Ihr leertet aus den Becher süßer Lust,
Sie stellten hin den bitteren Kelch der Plage.

Legt Sanftmut auf die ungerechte Wage,
Daß euch nicht einst ihr blaßes stummes Aug'
Und ihrer Wangen Blässe furchtbar frage:
Wer gab in eure Hand das Recht der Plage?

Für euch nur raffen sie die Kraft so eilig
Im kurzen Schlaf zusammen — fördert sie nicht!
Auf ihren Stinnen steht es hundertzeilig:
Dienstbotenschlaf ist heilig, dreimal heilig!

So heilig wie das Schwert des müden Kriegers,
So heilig wie das Zelt ruhmvollen Siegers
Und wie der Stab, daran zusammenbricht
Vom letzten Kampf die Kraft des Unterlegers.

Legt Sanftmut auf die ungerechte Wage!
D, weckt sie nicht — ihr kommt vom Trinkgelage,
Geht leisen Schritts, reißt an der Glocke nicht —
Wer gab in eure Hand das Recht der Plage?

Der Besuch.

Von A. R.*

Zwei junge Menschen trafen sich jeden Morgen auf dem Wege zur Arbeit. Sie wußten, wie sie hießen und wo sie wohnten, das hatten sie sich gesagt; und sie wußten, daß sie sich gern hatten, und das hatten sie sich nicht gesagt. Wozu sollten sie sich das sagen? Sie gingen langsam eine Strecke weit zusammen und sahen sich zuweilen an. Wenn ihre jungen Augen sich fanden, dann blickten sie schnell auf den Weg oder in einen Laden und sprachen etwas Gleichgültiges: etwa, daß dieses oder jenes billig sei, oder daß die Straße lang sei. Darüber redeten sie dann eifrig. Bei dem Zigarrenladen an der Ecke mußten sie sich trennen und sahen zusammen noch ein Weilchen nach den Bildern, die der Händler zwischen die hellbraunen Kisten gestellt hatte, oder nach dem Mohren, der eine dicke Zigarre in den schwarzen Händen hielt; sie schauten sich in dem blanken Glas und gingen rasch auseinander. So war es jeden Tag.

Heute mußte der junge Mann den Weg allein gehen. Er trug einen Mädchenbrief in der Tasche. Sie schrieb, daß sie krank sei und in der Stube bleiben müsse. Solch ein Brief! Es war ein kurzer Brief mit Kinderbuchstaben, und die Tinte war blaß. Er konnte sich gut vorstellen, wie das Mädchen mit seinen klaren Augen der spitzen, schwarzen Feder gefolgt war, und wie es zuletzt mit seiner roten Zunge am Umschlag geleckt hatte. Gewiß hatte die Nachbarin, die Näherin, den Brief zur Post getragen. So dachte er und kam an den Eckladen und sah in das Fenster, als ob er etwas suche und griff mit den Händen in die Tasche und griff den Brief. Da ging er rasch in die Fabrik, ins Maschinenhaus. Was war das für ein merkwürdiger Weg heute. Die Vögel sangen nicht, und die Blumen hinter den starken Gittern hatten einen matten Schein, und alle Menschen machten traurige Gesichter. Der Maschinist hing seine Überkleider neben die Betriebsordnung an einen eisernen Haken, den hatte er einmal auf der Straße gefunden. Die Maschine lag besonders ernst und schwer da, wie ein mächtiges Raubtier. Der junge Mann lehnte nicht wie sonst an dem schmalen Fenster und sah, wie Arbeiter in schwarze, ernste Tore gingen, und wie auf dem Güterbahnhof die Wagen zu Hägen vereinigt wurden. Er stand nachdenklich vor dem Feuerloch, als ob er die Aufschrift der Feuertür auswendig lernen wollte. Die wußte er längst.

Da schlug die Uhr; die Arbeitsstunde begann, und er griff an ein kleines, blankes Rad. Die Maschine fing an zu leben, und das Schwungrad drehte sich schneller und schneller und summt und sang das heilige Lied der Arbeit. Der rote, starke Riemen lief durch eine Öffnung in der Wand in die Fabrikräume, zog mit starker Kraft das Gold aus der Welt und führte es in das stille Haus des Fabrikbesizers, vor dem rote, leichte Bänke unter Rosen stehen und der Springbrunnen den lauschenden Blumen Märchen erzählt. Aber von dem Schwungrad erzählt der Brunnen nichts. Das gehört zu einer anderen Welt.

Heute wollte die Arbeitszeit kein Ende nehmen. Der Maschinist ging wohl zehnmal mit der Ollanne zu den Lagern; die Schmierbüchsen waren jedesmal noch fast voll; freilich, sonst brauchte man nur zweimal zu ölen. Oder er legte die braune Hand auf eine blanke Schutzstange und sah, wie der Kolben spielend auf und nieder ging. Er lauschte auf das regelmäßige Rochen der Maschine und dachte: Nun ist sie krank, nun ist sie krank; was fehlt ihr denn? Und er nahm sich vor, sie

zu besuchen. — Endlich war Schluß der Arbeitszeit; die große Möbelfabrik mit dem hohen Schornstein pffiff zuerst, der Ton war laut und hart; dann folgten die anderen Fabriken, und die schrillen Töne hingen um die riesigen Schornsteine und riesen von den Wänden und kamen bis tief in die Kohlenkeller und riesen müden Menschen zu: „Freiheit! Ruhe, Frei—heit!“

Der junge Maschinist eilte durch die Straßen nach des Mädchens Wohnung. Er mußte mehrmals nach der Straße fragen und wurde jedesmal rot dabei. Einmal fragte er eine Zeitungsfrau und dann einen kleinen Jungen, der lief ein Stück mit ihm und zeigte ihm das Haus. Dann mußte er fünf Treppen in die Höhe steigen. Es waren dunkle und schmale Treppen. In der Tür der Dachstube links stand des Mädchens Name. Er las ihn, wie man die Schrift auf einem bedeutenden Denkmal liest. Das waren dieselben Buchstaben wie in dem Brief. Sie waren auf ein Blatt aus einem Notizbuch geschrieben, das hatte sie mit einer Stednadel festgemacht, und es hing ein wenig schief.

Nun trat er ein. Die beiden Menschen sahen sich in die heißen, jungen Augen und vergaßen „Guten Tag“ zu sagen. Das Mädchen war gefallen, und der Fuß tat ihm weh, und es lag auf dem niedrigen Bett. Es stand auf und wurde verlegen, und Freude glänzte in seinen Augen. Das Mädchen hinkte nach dem Tisch. Dort standen zwei Stühle; einer war ein Gartenstuhl und war von Eisen. Die jungen Menschen setzten sich und legten die harten Hände auf den Tisch und sprachen nichts. Die Nachbarin rasselte mit der Nähmaschine, dann hustete sie sehr, und die Maschine stand ein Weilchen still. Das Mädchen erzählte, daß die Näherin oft bis Mitternacht arbeite, und daß sie wenig verdiene und neulich eine Mark zu Kaffee bei ihr geborgt habe. Nun redeten sie wie zwei alte, kluge Leute von ernstlichen Dingen und von der Arbeit und merkten nicht, daß die Zeit rasch verrann und ein letzter Abendsonnenstrahl durch die kleinen, sauberen Gardinen schimmerte.

„Du sollst noch meinen Garten sehen.“ Sie ging zum Fenster und hatte dabei große Schmerzen. Er hätte sie gern mit seinen starken Armen um den Leib gefaßt und getragen; aber darf man ein so feines, gutes Mädchen anfassen? Er stand verlegen in der Stube und sah eine Träne des Schmerzes in ihren Augen, doch sie lächelte. Die Träne lief über die Wange, und sie wischte sie mit der Hand weg und lächelte. Beide sahen den Garten. Das waren Nelken auf dem Fensterbrett, weiße und rote, und Geranien und noch eine andere Blume; die kannte er nicht und fragte nach dem Namen. Sie erzählte von ihren Lieb-lingen und lobte sie. Und er sah glücklich in diese kleine, stille Welt und versprach dem Mädchen einen Rosenstock zum Geburtstag. Sie sah nach seinen Augen und nickte und sagte: „Da soll er stehen“, und rückte die beiden Nelkenstöcke auseinander, als ob der Rosenstock schon da sei. Dann sahen beide noch ein wenig über die Dächer; die Straße konnte man nicht sehen. Es war eine enge Straße. Die Sonne sank. Nur die Schornsteine standen noch im Licht.

„Jetzt mußt du fortgehen; jetzt wird es Nacht, gelt.“ Sie pflückte eine rote, halboffene Nelke und steckte sie ihm ins Knopfloch und nahm seine Hand in ihre Hände: „Das ist lieb, daß du gekommen bist; aber nun darfst du nicht wieder kommen; ich will's nicht, und bald bin ich wieder gesund; dann gehen wir wieder zusammen zur Arbeit.“

Sie sahen sich noch ein wenig offen und lieb an und küßten sich mit den Augen und schieden.

Die Straßen waren voll Lärm. Aus einer Kneipe tönte ein Drehesirion. Und die vielen Wagen. Und die Menschen. Wie still war es in dem Mädchenzimmer, und wie schön waren die Blumen auf dem Fensterbrett! Wie blank alles, und wie lieb das Mädchen. So ein liebes Mädchen; daß es solch ein Mädchen geben konnte! Der Maschinist ging in die stillen Anlagen und trug den Hut in der Hand. Der Kopf war ihm heiß, und er strich leise und liebevoll über die rote Nelke.

Eigentumsrecht.

Von August Strindberg.

Ein schöner Haselstrauch stand im Hag. Die Nüsse waren reif, als ein Eichhörnchen daherkam, eines strahlenden Augusttages.

„Dies ist mein Haselbusch,“ sagte es zu sich selbst und sprang auf einen Zweig hinauf, um seine Zähne an den leckeren Früchten zu prüfen.

„Fort von hier, du Dieb!“ war eine schwache Stimme aus dem Innern des Busches zu hören.

„Wer da?“ rief das Eichhörnchen und guckte bald hierhin, bald dorthin. Schließlich hatte es an dem Fuße des Strauches eine Haselmaus entdeckt.

„Willst du deinen Weg trotzen und meine Nüsse in Frieden lassen,“ nahm die Haselmaus wieder das Wort.

„Deine Nüsse!“ grinste das Eichhörnchen und machte sich, was es nur konnte, über die Nüsse her, ohne sich zu genieren.

„Laß sein, Dieb da!“

„Mit welchem Recht, wenn ich fragen darf, gehört dieser Busch dir?“

„Kraft des jus primi venientis, kraft des Rechts des Zuerstkommenden, wenn du so willst.“

„Sehr gut, mein Herr, und ich eigne mir ihn an kraft des jus primi occupantis, kraft des Rechts des zuerst in Besitz Nehmenden. Gewalt geht vor Recht. Ich bin der Stärkere, also habe ich den Vortritt vor dir, siehst du?“

„Was habt ihr da zu tun?“ plapperte der Eichelhäher, durch den Lärm herbeigelockt. „Laß meine Nüsse sein, sonst sollst du mal sehen.“

„Entschuldigen Sie, mein Herr,“ antwortete das Eichhörnchen sofort, „aber ich habe eben diesen Busch entdeckt.“

„Daß du meinen Busch entdeckt hast, glaube ich schon, aber mit welchem Recht hast du dich seiner bemächtigt?“

„Ich habe ihn genommen kraft des...“

„Du hast ihn ganz einfach genommen. Und nun komme ich und nehme ihn wieder.“

Im selben Augenblick, wie der Eichelhäher auf das Eichhörnchen losstürzen will, fällt ein dichter Steinregen auf die Streitenden nieder, die sich schleunigst aus dem Staube machen.

„Solche Racker,“ schrien die Jungen, die zum Nüssejammeln hergekommen waren, „jetzt kriegen sie nichts für ihre Mühe.“

Und die Jungen fingen an, die Nüsse in ihre Mützen zu pflücken.

„Ich glaube, man amüsiert sich da hinter den Büschen,“ brumnte der Pächter, der jetzt den Schauplatz betrat. „Gestattet, ihr Herren Diebe, daß ich euch bei den Ohren nehme, auf daß eure Ansichten über das private Eigentumsrecht nicht auf Irrwege geraten.“

„Schöne Worten, die,“ unterbrach ihn der Korporal, der mit der Patrouille daherkam, und zog seinen Säbel, „gerade wie wir sie zu den Faschinen gebrauchen.“

„Halt,“ wandte der Pächter ein.

„Sind Sie etwa der Eigentümer?“ fragte der Korporal. „Nein, das sind Sie nicht! Halten Sie also den Mund!“

„Aber ich bin der Pächter.“

„Nun also! Sie haben selbst nicht das Recht, diesen Haselbusch abzuschneiden, aber ich habe es.“

„Sollten die Befehle über Eigentumsrecht vielleicht aufgehoben sein?“ fragte der Pächter.

„Für dieses Mal, mein guter Mann; unter den Waffen schweigen die Befehle, und wenn Sie mich zum Eigentümer begleiten wollen, will ich ihm die Requisitionen zeigen. Hier ist sie.“

Sie gehen; doch kaum sind sie fort, als ein Eisenbahn-nivelleur an der Spitze eines Trupps Arbeiter auftritt.

Er stellt seine Wasserwaage auf, macht Berechnungen, nimmt Visier, macht Aufzeichnungen und verteilt die Arbeiter.

„Haut den Busch dort fort, um damit anzufangen,“ sagt er. — Gefagt, getan.

„Mit welchem Recht unterstehen Sie sich, Waldsirevel zu verüben?“ fragte der Eigentümer, der auf den Platz gekommen ist.

„Kraft des Expropriationsgesetzes.“

„Gut, mein Herr. Bitte.“

Und der Eigentümer geht, mit dieser Erklärung zufrieden.

„Gesetzlicher Eingriff ins private Eigentumsrecht,“ sagt der Korporal.

„Mit dem Recht des Zulestkommenden,“ bricht der Pächter aus.

„Jetzt wollen wir uns beeilen, die Nüsse zu expropriieren,“ murmeln die Jungen.

„Ich mache Requisition,“ plappert der Eichelhäher.

„Kommt mir jetzt und sagt, daß es ein Eigentumsrecht gibt,“ piept die Haselmaus.

Spruch.

Von Friedrich Vodenstedt.

Ich stand einst hoch in Gnade bei dem Schach,
Der oftmals bitter sich bei mir bellagte,
Daß ihm kein Mensch so recht die Wahrheit sagte.
Ich dachte ob dem Sinn der Worte nach,
Und fand, daß er mit gutem Grunde sagte.
Doch als ich ihm so recht die Wahrheit sagte,
Verbannte mich von seinem Hof der Schach.

Wohl giebt es Fürsten,
Die nach Wahrheit dürsten,
Doch wenigen ward ein so gesunder Magen
Sie zu vertragen.

Verantwortlich für die Redaktion: Fr. Maria Zetlin (Bundesl.), Wilhelmshöhe, Post-Telegraphenamt bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.

* Nachdruck nur mit Erlaubnis des Verfassers.